

# Sudetendeutsche



Erscheinungsort Linz  
Verlagspostamt 4020 Linz  
Einzelpreis S 2.50

P. b. b.

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 17

Wien - Linz, 8. September 1972

18. Jahrgang

Ist der Ofen aus?

Von GUSTAV PUTZ

## Entschädigungskonzept im Herbst

Finanzminister Androsch bereitet für den Herbst ein Entschädigungskonzept vor, mit dem alle Forderungen abgegolten werden sollen, die von verschiedenen Gruppen an den Bund herangetragen werden. Dies meldete am 16. August „Die Presse“. Der Ministerrat hat bekanntlich schon im Vorjahr die Bildung eines Ausschusses beschlossen, der ein Gesamtkonzept erstellen soll. Diesem Ausschuß gehören auch Vertreter politischer Parteien (Dr. Gruber, Dr. Broesigke und Dr. Tull) an, nicht aber Vertreter der zu entschädigenden Gruppen. Diese erhielten allerdings Gelegenheit, am Jahresbeginn den Umfang ihrer Forderung dem Finanzministerium bekanntzugeben. Im Juli hat Finanzminister Androsch zu verstehen gegeben, daß mit der Fertigstellung des Konzeptes in diesem Herbst zu rechnen sei. Er hat es aber vermieden, darüber Auskunft zu geben, ob alle Gruppen oder nur einige von ihnen zusätzliche Entschädigungen erhalten sollen. „Die Presse“ nennt sechs Kategorien von Geschädigten:

- Die Heimatvertriebenen

- Die Auslandsösterreicher
- Die politisch Verfolgten
- Die Rückstellungsgeschädigten
- Die Spätheimkehrer
- Die Bombengeschädigten.

Das österreichische Entschädigungskonzept ist eine wesentliche Voraussetzung für zusätzliche Leistungen der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Feststellung des deutsch-österreichischen Schiedsgerichtes vom Jänner 1972, daß Österreich das Recht hat, weitere Ansprüche der Geschädigten zu vertreten, sind Verhandlungen zwischen Wien und Bonn möglich. Die Basis für neue Verhandlungen ist die Höhe der österreichischen Entschädigungen. Wenn Österreich etwa 40 bis 50 Millionen auf den Tisch legen könnte, meint „Die Presse“, wäre damit zu rechnen, daß Bonn etwa das Zehnfache dieser Summe bezahlen würde — was wir allerdings nach unseren Erfahrungen bezweifeln.

## Die Russen bleiben im Land!

Am Jahrestag des Überfalls — Invasion und Europäische Sicherheitskonferenz — Geistiges Biafra

**Knapp vor dem vierten Jahrestag der sowjetischen Besetzung deutete Parteichef Husak an, daß die sowjetischen Einheiten, die seit 1968 „zeitweilig“ in der Tschechoslowakei stationiert worden sind, dort bleiben werden. Es sei logisch, daß jetzt und in Zukunft der Weg zur sozialistischen Entwicklung der CSSR nur im Bündnis mit der Sowjetunion verwirklicht werden könne.**

Zum Jahrestag der Invasion wurde in Prag eine Ausstellung über die Tätigkeit der Rechtsopportunisten, Antisozialisten und Konterrevolutionäre in den Jahren 1968/69 eröffnet. Die Ausstellung besteht aus Photos, Artikeln, vergrößerten Dokumenten und großen Plakaten, auf denen die Ideologen des Antikommunismus abgebildet sind. Eines der Plakate zeigt den amerikanischen Präsidentenberater Kissinger, der im Mai 1968 an einer Konferenz in Marienbad teilgenommen haben soll, ein anderes den britischen Botschafter in Prag, ein drittes den ehemaligen Prager Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Razumowski. Sie sollen die Anstifter der Konterrevolution gewesen sein, die unter Führung von Dubcek Anfang 1968 in die Wege geleitet worden ist. Außer den tschechischen Konterrevolutionären in der Führung Dubceks (in der sich auch Husak befindet) werden ausländische „Renegaten“ der Öffentlichkeit vorgestellt, so der französische Kommunist Garaudy und der österreichische Kommunist Ernst Fischer, der für die Invasion das Wort vom „Panzersozialismus“ geprägt hat.

In den Ostblockländern wurde der vierte Jahrestag der Invasion mit Schweigen übergegangen. In der rumänischen Parteizeitung wurde an diesem Tag der Standpunkt wiederholt, daß fremde Militärstützpunkte und die Anwesenheit ausländischer Truppen mit dem Prinzip der nationalen Souveränität unvereinbar sind.

Im Ausland haben 20 Tschechen, die während und nach der Invasion emigrieren konnten, eine Erklärung zum vierten Jahrestag der Invasion veröffentlicht. In dieser Erklärung wird die Tschechoslowakei als geistiges Biafra bezeichnet. Die sowjetische Intervention habe ein Regime zur Macht gebracht, das das tschechische und das slowakische Volk unterdrückt. Die großangelegte Verfolgung der demokratisch und sozialistisch denkenden Bürger, die von diesem Regime durchgeführt wird, könne mit Recht als ein geistiges Biafra bezeichnet werden. Die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kann keinen dauerhaften Charakter haben, solange einigen Völkern die Möglichkeit genommen wird, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Die Unterzeichneten forderten alle fortschrittlichen Menschen, alle demokratischen Parteien und Organi-

sationen, alle Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, auf, im Interesse der Verminderung der Spannungen in Europa sofort folgende Forderungen zu stellen: den sofortigen Abzug aller sowjetischen Einheiten aus der CSSR, Einstellung der politischen Verfolgung und

### Sudetendeutsche Landsleute! Österreichische Freunde!

Wir rufen Euch auf, der gemeinsamen Einladung der Stadt Klosterneuburg, sowie der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, zum diesjährigen Heimattreffen in Klosterneuburg, am Sonntag, dem 10. September 1972, bereitwillig und freudig Folge zu leisten. — Die Kranzniederlegung im Gedenken an alle unsere Toten in und außerhalb unserer alten Heimat, findet um 14 Uhr am Sudetendeutschen Platz statt. — In der Babenbergerhalle wird der Vorsitzende des Bundesvorstandes der SL München Lm. Dr. Franz Böhm zu den Versammelten sprechen. Er wird auch die Ehrung verdienter Landsleute vornehmen. — Die mit der Regelung der immer noch offenen Vermögensfragen beauftragten Abgeordneten Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Josef Gruber und Dr. Stefan Tull wurden eingeladen, ihre Meinungen über den Stand und den weiteren Verlauf der Verhandlungen und eine volle Integration der Heimatvertriebenen in Österreich zu äußern. — Ein Stück Heimat wird uns die Sängerrunde der Böhmerwälder unter der Leitung ihres Obmannes Dipl.-Ing. Kufner vermitteln. — Auf Wiedersehen in Klosterneuburg am kommenden Sonntag!

Für die  
Sudetendeutsche Landsmannschaft in  
Österreich  
Dr. Emil Schembera  
Bundesobmann  
Dr. Oskar Ulbricht  
Landesobmann für Wien, Nieder-  
österreich und Burgenland

Freilassung aller politischen Häftlinge, Souveränität, Gleichberechtigung und Nichteinmischung für alle Staaten ohne Unterschied.

Unter den 20 Unterzeichnern befinden sich der ehemalige Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Eduard Goldstücker, der ehemalige

Generaldirektor des Rundfunks Hejzlar, der ehemalige Generaldirektor des Fernsehens Pelikan, der frühere stellvertretende Ministerpräsident Sik und der Schriftsteller Antonin Liehm. Die Sozialistische Internationale gab eine Erklärung heraus, die auf die Besetzung der CSSR im Zusammenhange mit der europäischen Sicherheitskonferenz hindeutete. „Seither haben die Sowjetunion und Polen mit der Bundesrepublik Deutschland einen Gewaltverzichtsvertrag abgeschlossen. Die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, auf der der Gewaltverzicht beschlossen werden soll, steht bevor. Dennoch ist die CSSR immer militärisch besetzt, weil die durch die kommunistische Besatzungsmacht abgesetzte seinerzeitige Führung der KPC vor vier Jahren unter großer Zustimmung der werktätigen Bevölkerung beschlossen hatte, anstelle des alle Freiheitsbewegungen mit Gewalt unterdrückenden bürokratischen Kommunismus ein die menschliche Freiheit bewahrendes System zu schaffen. In den vier Jahren der Besetzung und der Unterwerfung des tschechoslowakischen Volkes werden noch immer Kommunisten wegen ihrer Bemühungen um einen menschlichen Kommunismus verfolgt und eingekerkert.“

### Spalter-Organisation

In Frankfurt am Main hat sich eine neue Vertriebenen-Organisation vorgestellt, die sich Zentralverband der Mittel- und Ostdeutschen (ZMO) nennt. Der Verband ist gegen den Bund deutscher Vertriebenen und gegen die Landsmannschaften gerichtet und stellt den Versuch dar, die Stimmen der Vertriebenen bei den kommenden Wahlen für die SPD-FDP-Koalition zu gewinnen. Daher treten der sozialdemokratische Abgeordnete Prof. Slotta und der FDP-Abgeordnete Hans Schmidt als Sprecher der neuen Organisation auf. Sie werfen den bestehenden Vertriebenen-Organisationen und den Landsmannschaften eine partielle Schlagseite zugunsten der CDU/CSU und gegen die beiden anderen Parteien vor. Diese Parteilichkeit sieht man in der Ablehnung der Ostpolitik der Koalitionsregierung. Die neue Organisation behauptet, daß die Mehrzahl der Vertriebenen nicht mehr bereit sei, den Weg der Traditionsverbände mitzugehen. Die Teilnahme an den Treffen der Landsmannschaften und an den Protestkundgebungen des BdV spricht freilich eine andere Sprache. Die ZMO will die Ostpolitik unterstützen. Damit ist zugegeben, daß sie sich erst recht parteipolitisch unterordnen will. Bei der Pressekonferenz in Frankfurt konnte die ZMO keine Zahlen über ihre Anhängerschaft nennen. Die einzige Zahl wurde vom FDP-Abgeordneten Schmidt genannt, als er sagte, daß sein Zentralverband am 5. Oktober 1971 in Mainz gegründet worden ist und etwa tausend Mitglieder zählt.

## Laue Hilfe für Tschechoslowakei

Ostblockkonferenz engagierte sich nicht besonders für die Annullierung des Münchner Abkommens

Bei der Konferenz kommunistischer Parteiführer auf der Krim hat die Tschechoslowakei es erreicht, daß neben den Fragen der Entspannung auch ihre Sorge um das Münchner Abkommen besprochen wurde. Man sagte Husak, daß die Annullierung des Münchner Abkommens als ein wichtiger Beitrag zur Entspannung in Europa anerkannt werde. Husak legte dies in einem Bericht an das Präsidium des Zentralkomitees als eine eindeutige Unterstützung der tschechischen Forderung aus. Aber ganz so scheint es nicht gewesen zu sein, weil die Sowjetunion wie auch Polen und die DDR, die mit der Bundesrepublik ihre Verträge bereits abgeschlossen haben oder in Verhandlungen darüber stehen, zunächst ihre Schärfe ins Trockene zu bringen wünschen. Daher gab es Mitte August den Besuch des polnischen Ministerpräsidenten in Prag. Die Polen willfahrten dem tschechi-

schen Wunsch und nahmen in das Komunique wiederum die Passage auf, daß eine Annullierung des Münchner Abkommens im Sinne der Entspannung wünschenswert wäre, abgeschlossen wurde aber nur ein Protokoll über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, das besonders deswegen notwendig geworden ist, weil 250.000 Polen in der Tschechoslowakei arbeiten.

Die Tschechoslowakei mußte daraufhin wieder umschalten und sich direkt an die Bundesrepublik wenden. Das geschah in der üblichen Form der Beschuldigungen. Man beschuldigt die Sudetendeutschen, daß sie es gewesen wären, die ein Eingehen der Bundesregierung auf das „weitgehende Entgegenkommen“ verhindert hätten, indem sie auf die Bundesregierung einen Druck ausübten. Namentlich wurde dabei der Vorsitzende der Seliger-Gemeinde, Hasenöhr, erwähnt, wobei freilich das Mißgeschick

passierte, daß man ihn, den gewesenen Dachauer Schutzhäftling, zum Henlein-Mann stempelte. In die Beschuldigungen streute man die Einladung an die Bundesrepublik ein, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Außenminister Chnoupek war so hoffnungsvoll zu meinen, daß eine Vereinbarung noch vor den Neuwahlen zustandekommen könnte.

Wenn die CSSR das will, wird sie sich freilich eine andere Formel einfallen lassen müssen als „Ungültigkeitserklärung von allem Anfang an und mit allen Folgen“. Denn gerade in der Vorwahlzeit kann die Bundesregierung nicht darauf eingehen. Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Ahlers, bekräftigte das noch am 9. August: „Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, das Münchner Abkommen als ungültig von Anfang an zu erklären.“

Auf der Tagung einer volksdeutschen Landsmannschaft sagte vor einiger Zeit ein Redner: „Der Ofen ist aus“. Was er damit meinte, erklärte er seiner landsmannschaftlichen Zeitung, dem „Neuland“: „Die Landsleute stellen kaum noch Anfragen oder Forderungen an die Landsmannschaft als Organisation. Das ist für mich ein Zeichen, daß der Landsmann genau weiß, daß wir für die Probleme, die ihn heute bewegen, nicht mehr zuständig sind. Wir sind für ihn von sekundärer Bedeutung. Die Kontaktbereitschaft wird von Jahr zu Jahr fragwürdiger, und unser Einfluß auf die Gruppe ist so weit geschrumpft, daß man, ohne Pessimist zu sein, sagen kann: Der Ofen ist ziemlich aus.“

Was dieser donauschwäbische Schicksalsgenosse sagte, drückt vermutlich dasselbe aus, was sich auch bei uns mancher Obmann und Funktionär denkt, wenn seinen Bemühungen, seine Schar zusammenzuhalten, mitunter geringer Erfolg beschieden ist. Ach, gewiß, wenn irgendeine neue Aktion auf dem Gebiet der Entschädigung gestartet wird, etwa jetzt im Zusammenhang mit dem österreichisch-deutschen Sozialabkommen, da haben sich die Funktionäre über Mangel an Anfragen nicht zu beklagen — und wenn es gar zu einer neuen Entschädigung kommen sollte, wird sich sicherlich der Parteienverkehr beleben und die Funktionäre werden genug zu tun haben. Wäre aber der Ofen wirklich aus, wenn all die materiellen Sorgen und Wünsche befriedigt wären — gäbe es darüber hinaus nichts mehr, was uns zusammenhielte?

Der Donauschwabe, der das Wort vom „Ofen aus“ gesprochen hat, gehört meines Wissens dem Lebensalter an, das man noch als Vollkraft bezeichnen kann. Die meisten Funktionäre der Landsmannschaft sind um ein gutes Stück darüber hinaus. Auch unter den Mitgliedern ist die Alterspyramide oben am breitesten. Diese älteren Menschen, die doch einen guten Teil ihres Lebens in der alten Heimat verbracht haben, verbindet die Erinnerung an vergangene Zeiten, verblichene Menschen und verlorene Gegenden. Sie gehören daher auch zu den treuesten Besuchern der Veranstaltungen, ob diese nun in kleinem oder in großem Rahmen gehalten werden. Die mittlere Generation, die mehr als die Hälfte des Lebens hier in Österreich lebt, läßt schon aus. Sie wurde durch den Kampf um eine neue Existenz so sehr in andere Beziehungen eingezwängt, daß die Beziehung zu Menschen derselben Heimat darunter litt. Sie ist auch durch keine materiellen Interessen an der Mitgliedschaft in der Landsmannschaft interessiert. Sie hat sich mit dem Schicksal der Vertriebenen, das sie in jungen Jahren traf, abgefunden, zumal dann, wenn sie hier bessere Lebensumstände gefunden hat als daheim. Und die ganz Jungen, die hier geboren sind, nichts von der Heimat ihrer Eltern gesehen haben, finden die österreichische Heimat auf jeden Fall so reizvoll und so blutlebig, daß für sie die alte Heimat eine Schimäre bleiben muß.

Aber wir müßten ihr (und nicht nur ihr) begreiflich machen, daß mit der Vertriebenen viel mehr bewirkt wurde als die Umpflanzung von einigen Millionen Menschen in ein anderes Erdreich, indem sie sogar besser gedeihen können als dort, woher sie kommen. Das Furchtbare und Fortwirkende an dem Geschehen ist, daß in einem großen Teil Europas die mühsam erkämpften menschlichen Freiheiten ausgelöscht worden sind, daß ein Herd der Unfreiheit entstanden ist, der die Gefahr in sich birgt, sich weiter über Europa auszubreiten. Wir müssen uns (und unserer Jugend) vor Augen führen, daß die Taktik Moskaus nicht nur die Amerikaner und Engländer über-rumpelt hat, die ihnen willig den gesamten Balkan, Polen, die Tschechoslowakei und einen großen Teil Deutschlands ausgeliefert haben. Sie blendet mit dem Schlagwort Entspannung auch die noch freien Staaten Europas, vor allem die Bundesrepublik, mit dem Ziele, die Grenzen ihrer Macht und damit die Grenzen der Unfreiheit auszuweiten. Mit welcher Frechheit verlangt man — nach dem Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau — heute schon, daß in Deutschland die Freiheit der Meinungsäußerung den Vertriebenen abgesprochen werde! Kommt man dieser Forderung nach, dann wird die Verfolgung aller jener verlangt werden, die ein Wort gegen den Kommunismus an sich zu sagen wagen. Mit

welcher Unverschämtheit versucht man auch Österreich gegenüber, der selbstgewählten Neutralität die Deutung zu geben, daß wir uns nicht einmal auf wirtschaftlichem Gebiete unsere Partner aussuchen dürfen!

Wir müßten doch ganz vernagelt sein, wenn wir diesen Hintergrund der Weltgeschichte, wie sie sich seit 1945 abspielt, nicht sähen. Wenn auch die „heiligsten Güter der Nation“ heute anscheinend nur noch in Autos, Bungalows und anderen Symbolen des Wohlstandes zu liegen scheinen, so sind auch diese „heiligen Güter“ in Gefahr, wenn dem Ausdehnungsbestreben des Kommunismus kein Widerstand entgegengesetzt wird. In den Ländern des Ostblocks wird es dem Bürger ja gezeigt, wie hinfällig solche Güter sind und wie rasch sie im Rachen des Molochs Staat verschwinden.

Das Schicksal der Vertriebenen markierte den Beginn der Vernichtung der sogenannten „heilen Welt“, wie sie im Plan des Kommunismus beschlossen ist. Indem die Welt, die sogenannte „freie“ Welt diesen Schlag gegen das Recht billigte, hat sie die Selbstbedrohung heraufbeschworen. Darum hätten die Vertriebenen das erste Recht —

und die Pflicht —, Mahner zu sein. Der Ofen kann einfach nicht aus sein, solange der heiße kommunistische Hauch über Europa und der Welt liegt.

Dieses Wochenende versammeln wir uns wieder zu unserem jährlichen Treffen in Klosterneuburg. Es dient gewiß auch der Geselligkeit und dem frohen Beisammensein. Aber in dieses Treffen, und in jedes, auch das kleinste Treffen von Landsleuten muß der Gedanke von der Gefahr für die freie Welt hineingetragen werden, eine Gefahr, die sichtbar größer wird. Wir können uns nicht damit begnügen, bei unseren Zusammenkünften bloß irgendein „Programm“ abzuwickeln, damit halt etwas getan sei, um die Versammelten zu unterhalten. Die politische Entwicklung, wie wir sie erleben müssen, bietet immer aktuellen Stoff für einen kurzen gedanklichen Hinweis auf das Wesentliche.

Auf daß der Ofen nicht aus sei!

## Personalien

EDMUND RÜCKER, der seltenerzeitige Finanzreferent der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München, ist am 28. August gestorben. Er war von der Gründung an Mitarbeiter der Landsmannschaft, Mitglied des Bundesvorstandes und der Bundesversammlung. Er war auch Vorsitzter des Egerer Landtages und des Landschaftsrates Egerland sowie Stiftungsrat der Rudolf-Lodgman-Stiftung.

## Rubrik für Pensionisten

### Seniorenkarte für die Bundesbahnen

Ab 1. September sind wieder Fahrpreisermäßigungen von 50 Prozent für Senioren (Männer ab 65, Frauen ab 60 Jahren) bewilligt. Für diese Ermäßigung muß man sich eine Seniorenkarte beim Bundesbahnschalter lösen. Besitzer von alten Seniorenkarten müssen eine Wertmarke für 1972/1973 kaufen. Es gibt zwei Stufen: die Wertmarke zu 200 S und zu 50 S. Mit der Seniorenkarte zu 200 S kann man an allen Tagen des Jahres in der 1. oder 2. Wagenklasse ermäßigt fahren. Man kann alle Züge benutzen — ausgenommen einige wenige beschränkt benutzbare; mit der 50-S-Marke darf man an allen Tagen Personen- und Eilzüge, von Montag bis Donnerstag — wenn kein Feiertag ist — auch Schnellzüge benutzen. Für 50-S-Karten-Inhaber gibt es aber zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten keine Fahrpreisermäßigung. Die Seniorenkarten gelten bis zum 30. Juni 1973.

Ausgleichs- und Ergänzungszulagen-Empfänger und Dauerbeisorgte bekommen die 50-S-Marke kostenlos, nicht aber die 200-S-Marke. Außer der Seniorenkarte muß man auch einen amtlichen Lichtbildausweis mit Geburtsdaten vorweisen können.

Die Ermäßigung auf den Kraftfahrern ist mit dem 3. September 1972 abgelaufen.

# Vatikan verteidigt sich

Keine Anerkennung der Grenzen, nur Konsequenz aus der deutschen Ostpolitik — wenig Hoffnung auf eine Seelsorge für Deutsche in Polen

Der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Konrad Bafilo, hat auf die Protestschreiben der Heimatvertriebenen wegen der vom Vatikan verfügten Neuordnung der Bistumsgrenzen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße mehreren Vertriebenenorganisationen geantwortet und dabei vor allem auf die durch die Neuordnung erfolgte „stärkere Position“ von Diözesanbischöfen gegenüber der früheren „schwächeren Stellung“ von apostolischen Administratoren in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße hingewiesen. Viele besorgte polnische Katholiken hätten den „berechtigten“ Wunsch geäußert, so bald wie möglich eine kirchenrechtlich wohlgeordnete Diözesanorganisation zu erhalten, die selbst „im Fall größerer Schwierigkeiten“ der Kirche einen besseren Schutz bieten könne.

Nachdrücklich weist der Nuntius Auffassungen zurück, wonach die Errichtung der neuen Diöze-

sen auf die Ernennung der Bischöfe einer „politischen Anerkennung“ der Oder-Neiße-Grenze gleichkomme. Der Vatikan habe sich zu den „im Dienst der Seelsorge“ getroffenen kirchenrechtlichen Maßnahmen erst dann entschieden, nachdem die Grenzlinie an der Oder-Neiße von den beteiligten Staaten als unverletzlich erklärt worden sei und die Bundesrepublik klargestellt habe, daß die genannten Gebiete nach dem Inkrafttreten des Warschauer Vertrages nicht mehr als Inland gelten. Sollte allerdings der endgültige Friedensvertrag Änderungen der gegenwärtigen Grenzlinie herbeiführen, wäre eine entsprechende Anpassung der Diözesangrenzen eine „Selbstverständlichkeit“, heißt es in dem Schreiben. Eine Änderung der Einstellung des Vatikans zu den Vertriebenen von Völkern aus ihrer Heimat be-

deutet nach den Worten des Nuntius die Neuordnung der Bistumsgrenzen jedoch keineswegs. Die Kirche habe in dem klaren Bewußtsein gehandelt, daß ihre Seelsorge für die dort lebenden Gläubigen bestimmt sei, nicht aber, um den politischen Mächten, die die Verantwortung für die Vertreibung trügen, einen Dienst zu erweisen.

Die Notwendigkeit einer angemessenen religiösen Betreuung der in den Oder-Neiße-Gebieten zurückgebliebenen deutschsprachigen Katholiken in der Muttersprache wird in dem Schreiben ausdrücklich unterstrichen. Nach Ansicht des Nuntius muß jedoch damit gerechnet werden, daß

die Verwirklichung dieser Aufgabe „nicht ohne Überwindung von Schwierigkeiten“ zu erreichen sei. Hinsichtlich der von den deutschen Heimatvertriebenen geforderten Intensivierung ihrer eigenen spezifischen Seelsorge wird in dem Brief vermerkt, daß nach den Worten von Kardinal Julius Döpfner, München, die Deutsche Bischofskonferenz „gerade jetzt die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen fördern wird“. Abschließend betonte der Nuntius, die dargelegten Erwägungen beabsichtigten „in keiner Weise“, die Anliegen der Heimatvertriebenen zu bagatellisieren oder ihrem tiefempfundenen Schmerz die Berechtigung abzuspüren.

## Egerer Stadtwald tschechischer Besitz

Das Oberste Landesgericht in Bayern hat in einem Urteil festgestellt, daß die Stadt Cheb über die Waldgrundstücke verfügen kann, die von Eger zwischen den Jahren 1888 bis 1920 auf bayerischem Gebiet erworben worden sind. Bisher war der Egerer Stadtwald auf bayerischem Boden vom Bund treuhänderisch verwaltet worden. Der Wald liegt im Landkreis Tirschenreuth und ist etwa 634 Hektar groß. Eger nützte den Wald forstwirtschaftlich und als Quellenwassereinzugsgebiet für seine Trinkwasserversorgung. Im Grundbuch ist die Stadt Eger als Eigentümer eingetragen. Nach der Vertreibung der Deutschen, die etwa 90 Prozent der Egerer Bevölkerung ausmachten, gründeten vertriebene Egerer eine „Fortsetzungskörperschaft Egerer Bürger“ und erhoben Eigentumsansprüche. Sie drangen damit aber nicht durch, weil sich das Gericht schon im Jahre 1959 auf den Standpunkt stellte, daß die Stadt Eger als Rechtsperson in der nunmehr tschechischen Stadt fortbestehe.

Im Jahre 1963 aber lehnte es anläßlich eines Verkaufes von einem Teilstück das Amtsgericht Waldsassen und das Landgericht Weiden ab, der heutigen Stadt Cheb, das Verfügungsrecht zuzuerkennen. Die Stadt Cheb ging zur obersten Instanz und gewann, aber die Deutsche Bundestag stellte im Jahre 1965 das Waldgrundstück unter treuhänderische Verwaltung des Bundes.

Die Tschechen versuchten nun einen anderen Weg. Sie nahmen einen Kredit auf und wollten damit den Egerer Stadtwald belasten. Bei den unteren Instanzen ging das nicht durch, wohl aber nach nun sieben Jahren Prozedur beim Obersten Landesgericht in München. Dieses stellte fest: Die Stadt Cheb ist mit der im Grundbuch eingetragenen Stadt Eger identisch. Und fügte hinzu, daß die Stadt Cheb für Maßnahmen der CSSR gegenüber den Sudetendeutschen nicht verantwortlich zu machen sei.

Daß der Egerer Stadtwald zu einer Zeit erworben wurde, als die Stadt Eger nahezu ausschließlich von Deutschen bewohnt war und von Deutschen ihre Einkünfte bezog, und daß diese Deutschen oder ihre Nachfahren widerrechtlich aus ihrer Stadt vertrieben worden sind, um diese Kleinigkeit kümmerten sich die Paragrafenreiter beim Obersten bayerischen Landesgericht nicht.

## Beweise für München

Der dänische Politiker und Wissenschaftler Povl Skadegard, hat in einem Beitrag in den in Schweden erscheinenden „Blättern der sudetendeutschen Sozialdemokraten“ darauf hingewiesen, daß in der Tschechoslowakei 1945, nach Kriegsende, eine Reihe von Verfügungen erlassen worden sind, die sich auf die Gültigkeit des Münchner Abkommens stützen und dieses vor-

## Mannhafte Erklärung der Kirchenvertreter

Auf ihrer Herbstkonferenz in Königstein haben die Vertriebenen-Seelsorger der Diözesen in der Bundesrepublik in Gemeinschaft mit dem Beauftragten der Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Bischof Janssen von Hildesheim, dem Weihbischof Dr. Kindermann in Königstein, und den Ostordinarien und Visitatoren der Ostdiözesen (Ermland, Breslau, Danzig, Schneidemühl, Glatz, Branitz) folgende Erklärung abgegeben:

1. Die Verpflichtung zur Wiedergutmachung von Unrecht und zur Aussöhnung der Völker ist allen Christen aufgegeben. Als Seelsorger unter den Heimatvertriebenen haben wir dieser Aufgabe in besonderer Weise zu dienen.

Wir halten es daher für unsere Pflicht, auch zu den Verträgen Stellung zu nehmen, die unser Verhältnis zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn regeln sollen.

Entschieden müssen wir es ablehnen, wenn solche Verträge als Wiedergutmachung des unter Hitler geschehenen Unrechts begründet und gewertet werden.

Die Wiedergutmachung, die berechtigterweise für das Unrecht der Hitlerzeit gefordert werden kann, hat eine unübersteigbare Grenze in den Menschenrechten jener Deutschen, die keinerlei unmittelbare Schuld an jenem Unrecht haben.

Die Vertreibung der Deutschen stellt aber eine millionenfache Verletzung der Menschenrechte dar. Und niemand kann den dadurch geschaffenen Unrechtszustand als berechtigte Wiedergutmachung für das den Polen oder Tschechen angetane Unrecht bezeichnen.

2. Die Aussöhnung zweier Völker kann nur zustandekommen, wenn das ganze zwischen ihnen liegende Unrecht von beiden Seiten anerkannt wird und der Wille zur Wiedergutmachung auf beiden Seiten vorhanden ist.

In Erschütterung und Scham verurteilen wir auf das schärfste das furchtbare Unrecht, das zur Zeit des Nationalsozialismus auch den Völkern im Osten Europas angetan worden ist.

Deshalb dürfen wir auch erwarten, daß die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht mehr länger als historisch oder moralisch gerechtfertigt, verteidigt oder totgeschwiegen wird.

Wir sind uns bewußt, daß die Wiedergutmachung des den Polen unter Hitler angetanen Unrechts noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, daß das Unrecht der Vertreibung durch das Festlegen von Grenzen oder durch einen den Vertriebenen abverlangten Verzicht nicht beseitigt und die Pflicht zu einer zumutbaren Wiedergutmachung dieses Unrechts nicht ausgelöscht werden kann. 3. Das große Zeugnis christlicher Versöhnungsbereitschaft, das polnische Bischöfe mit ihren Gläubigen in Tschestochau mit dem Ruf: „Wir vergeben und bitten um Vergebung!“ abgelegt haben, machen wir uns ausdrücklich zu eigen.

Der Beitrag der deutschen Vertriebenen zur deutsch-polnischen Aussöhnung liegt darin, daß sie jenen verzeihen, die ihnen Unrecht getan haben;

daß sie sich bei der grundsätzlichen Verteidigung ihres Rechts auf die Heimat frei halten

von Verbitterung, Abneigung und Gedanken der Vergeltung;

daß sie dabei die Menschenrechte der in der Heimat siedelnden Polen und die berechtigten Interessen des polnischen Volkes an freier Existenz und angemessener Entfaltung berücksichtigen;

daß sie unter Ablehnung jeder Gewaltpolitik auch zu einem Ausgleich mit den Polen bereit sind, der von beiden Seiten als gerecht angesehen werden kann.

4. Massenvertreibungen aus nationalen, rassischen oder religiösen Gründen stehen im Gegensatz zu Moral und Völkerrecht und sind ungerichte staatliche Machtpolitik. Mit der Ost-West-Verschiebung des polnischen Staates wurden die Menschenrechte von zwei Millionen Polen, einer Million Ukrainern und neun Millionen Deutschen einer ungerechten nationalistischen Politik geopfert.

Die Sicherung des Rechts auf die Heimat ist ein Anliegen, das die ganze Welt angeht.

## Unsere Verluste: 19 Mrd. Dollar

Zwischen Österreich und der CSSR laufen seit Jahren Vermögensverhandlungen zur Entschädigung von Sudetendeutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden und ihr gesamtes Vermögen zurücklassen mußten. In diesem Zusammenhang ist eine Untersuchung des Sudetendeutschen Rates in München interessant, die sich mit dem Nationalvermögen der Sudetendeutschen befaßt.

Als Sudetengebiet sind jene Gebietsteile der Tschechoslowakischen Republik anzusehen, die auf Grund des Notenwechsels zwischen der britischen und französischen Regierung einerseits und der tschechischen Regierung andererseits vom 21. und 22. September 1938 und des darauffolgenden Münchner Abkommens vom 30. September 1938 an das Deutsche Reich abgetreten wurden. Dieses Gebiet umfaßte 28.643 qkm mit einer deutschen Bevölkerung von 3.405.168 (laut Volkszählung vom 17. Mai 1939). Dazu kommen 261.524 Sudetendeutsche, die in den deutschen Sprachinseln lebten und für die Staatszugehörigkeit zum Deutschen Reich optierten (Stand vom 1. Oktober 1940). Insgesamt betrug also die sudetendeutsche Bevölkerung 3.666.692 Personen.

Von der Gesamtfläche der abgetretenen Gebiete wurden 16.796 qkm landwirtschaftlich und 9973 qkm forstwirtschaftlich genutzt. Es existierten 236.818 gewerbliche und Industriebetriebe mit 1.037.355 Beschäftigten. Die Zahl der Gemeinden betrug 3710 mit 1.070.376 Haushaltungen. Nach Angaben der Prager Wirtschaftshochschule von 1938 machte das sudetendeutsche Industriepotential 40% des gesamtstaatlichen Potentials (bei einem sudetendeutschen Bevölkerungsanteil von 22,53%) aus. 60% des tschechoslowakischen Bergbaues, 82% der Textilindustrie und 74% der Glasindustrie lagen im Sudetengebiet. In diesem Gebiet existieren auch die Uranbergwerke St. Joachimstal und Schlaggenwald, die heute zusammen mit einigen anderen Uranvorkommen des Sudetengebietes (z. B. bei Trautenau) von der Sowjetunion exklusiv ausgebeutet werden und zu den ergiebtesten in ganz Eurasien zuzüglich der beiden amerikanischen Kontinente gehören.

Großes Teppichlager, Möbelstoffe, Vorhänge, moderne Polstermöbel, Fremdenzimmer, Gartenmöbel  
Alleinverkauf: String-Wandmöbel

## Möbel-Klinge

Klagenfurt, 8. Mai-Straße 28-30, Tel. 82 775  
Fachmännische Beratung unverbindlich

aussetzen. Deswegen seien alle Erörterungen darüber, ob dieses Abkommen ex tunc ungültig sei, uninteressant und müßig. Denn eine Ungültigkeit von Anfang an würde automatisch auch die erwähnten Verfügungen außer Kraft setzen, wie z. B. das Dekret des Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, Dr. Beneš, vom 2. August 1945 über die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen und das Dekret vom 25. Oktober 1945 über die „Enteignung des feindlichen Vermögens“, die sich ausdrücklich auf Artikel des Münchner Abkommens beziehen.

Eine Erfassung des sudetendeutschen Nationalvermögens ist erstmals 1947 von der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“, der Vorgängerin des „Sudetendeutschen Rates“ im Auftrag und mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung in Angriff genommen worden. Sie wurde von einem Expertengremium erarbeitet, das sich aus Angehörigen der erwähnten Arbeitsgemeinschaft der „Wirtschaftshilfe“ und des „Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern“ unter Federführung von Alfons Widmann zusammensetzte. Die Höhe des Verlustes an sudetendeutschem Nationalvermögen wurde mit 19 Milliarden US-Dollar angegeben. Ende der fünfziger Jahre beauftragte der Sudetendeutsche Rat namhafte Wirtschaftsexperten, unter Leitung des bekannten Wirtschaftsjournalisten Walter Wannemacher, die zehn Jahre zuvor errechneten Zahlen erneut zu überprüfen. Diese Überprüfung ergab die annähernde Richtigkeit der 1947 festgestellten 19 Milliarden US-Dollar.

Über die individuellen Vermögensverluste der Sudetendeutschen, die durch die Vertreibung sowie die Enteignung des gesamten beweglichen und unbeweglichen Vermögens entstanden sind, liegen bisher keine genauen Zahlen vor. 1967 wurde auf Grund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages unter der Federführung des Bauministers für Finanzen eine Kommission zur Errechnung der Vermögensverluste der vertriebenen Deutschen eingesetzt.

Die bisherigen Unterlagen können nur bedingt für eine Wertberechnung des individuellen sudetendeutschen Vermögens herangezogen werden, da sie sich auf von den Ausgleichsbehörden errechnete Ersatzeinheitswerte stützen und weil auch im Höchstfalle nur 75 Prozent des Personalkreises der Schadensberechtigten erfaßt sind. Nicht berücksichtigt sind in der DDR, in Österreich und im Ausland lebende Sudetendeutsche. Keine Berücksichtigung erfährt auch der Verkehrswert sowie Patente, Herstellungsrezepte, Lizenzen, der sog. Good-Will der Betriebe usw.

# Masaryks Erbe: Ende des Humanismus

Zum 35. Todestage des Gründers und ersten Präsidenten der Tschechoslowakei

Wie die Zeiten vergehen! Es ist jetzt gerade 35 Jahre her, daß der Staatsmann und Denker auf dem Prager Hradschin auf einem früher habsburgischen Jagdschloß unweit Prags verschied und sein Famulus Edward Benesch seine Amtsnachfolge antrat. Es steht fest, daß mit Masaryk alle seine humanitären Ideale auch zu Grabe getragen worden sind, nicht zuletzt seine bei den Friedensverhandlungen in St. Germain so oft betonten Pläne, daß die Tschechoslowakei eine „zweite Schweiz“ im Herzen Europas werden wird.

Es stellte sich sofort nach der Selbständigkeitsklärung des neuen Staates im Oktober 1918 heraus, daß diese zweite Schweiz eine Utopie bleiben wird. Ganz augenscheinlich war die Idee nur kreiert worden, um der Tschechoslowakei ein demokratisch anmutendes Mäntelchen umzuhängen, damit einige Politiker der westlichen Welt, vor allem Wilson, zufriedengestellt werden (hinter Licht geführt werden). Denn zu stark waren in den historischen Ländern die chauvinistischen Kräfte, die alle nichtslawischen Bevölkerungsteile, d. h. rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung, für die Folgen der Schlacht am Weißen Berge (1620) haftbar machen wollten — eine Schlacht übrigens, bei der es gar nicht um nationale Ziele im heutigen Sinne ging, sondern um rein dynastische Zankereien und Machtansprüche, die mit religiösen Intrigen unentwirrbar verquickt waren.

Masaryks philosophische Schriften reichen von Untersuchungen über Plato bis zu einer sozialpolitischen Studie über den Selbstmord, und nicht zuletzt zu eingehenden Analysen des Marxismus und Bolschewismus. Seine kritische Stellungnahme zur Frage der Königinhofer Handschrift machte Masaryk über die Grenzen der historischen Länder hinaus bekannt. Es handelte sich hierbei um ein Fälschikat, welches von einem über-eifrigen „Patrioten“ in angeblich alt-tschechischer Sprache zusammengebraut worden ist, um mittelalterliche deutsch-böhmische Dichtungen und Lieder zu übertrumpfen. Masaryk, in Gemeinschaft mit Slawisten der damals neu gegründeten Prager Tschechischen Universität, wies 1887 eindeutig nach, daß es sich um Fälschungen handelt.

Masaryks Ansehen wuchs weit über die Grenzen der Monarchie hinaus, als er in den Ritualmordfall Hilsner eingriff und bald darauf in seiner Eigenschaft als österreichischer Reichsratsabgeordneter in dem Agrar Hochverratsprozeß intervenierte. Die ausländischen Sympathien, die sich Masaryk durch diese beiden Prozesse erwarb, sollten ihm später bei der Unterminierung der Donaumonarchie sehr zustatten kommen.

Die von Masaryk vertretenen humanitären Ideen gipfelten in seinem oft verkündeten Wahlspruch „Jesus, und nicht Cäsar“. Dieses Motto läßt Masaryks wahrscheinliche Stellungnahme zu den unmenschlichen Vertreibungen der Nachkriegsjahre erahnen. Wie bekannt wurden nach dem 8. Mai 1945 — dem Stichtag, nach dem laut Siegerdiktat jegliche nazistische Aktivität zu unterbleiben hatte — Millionen früherer österreichisch-ungarischer Staatsbürger nach Deutschland verfrachtet, ganz offenkundig im Geiste der alldutschen Idee. Im Falle der Tschechoslowa-

kei handelte es sich um rund 3 1/2 Millionen Menschen, was ungefähr einer 50prozentigen Entvölkerung Böhmens gleichkommt. Wenn Masaryk seine Ideen noch nach 1945 hochhalten hätte können, so hätte er gegen diesen Massenabtransport ein Veto erheben müssen, um so mehr, als er selbst allzuleicht in die Maschinerie dieses Barbarismus hätte geraten können.

Studiert man nämlich den Lebensweg Masaryks von seiner frühesten Kindheit an, so stellt sich bald heraus, daß der Gründer und erste Präsident der Tschecho-Slowakei laut amtlicher Interpretation — ein sogenannter „Volksdeutscher“ war. Masaryks Muttersprache war deutsch und seine Erziehung erfolgte durchaus in deutschsprachigen Schulen im damaligen Südmähren, das praktisch vollends auf die Kaiserstadt Wien ausgerichtet war. Der Vater, ein slowakischer Leibeigener aus Kiltsee (Kopčany, Köpöcsény) — am rechten Donauufer gegenüber Preßburg — hatte fast keinen Einfluß auf die Erziehung des jungen Thomas. Wie Masaryk seinen Biographen Karel Čapek und Jan Herben gegenüber auseinandersetzt, waren die Bücher, die der wissenschaftliche Junge verschlang, durchaus in deutscher Sprache. Daran ändert sich nichts, als Masaryk an das Deutsche Gymnasium in Brünn kam, damals die zweisprachige Tuchstadt der Monarchie.

Und so ging es weiter. Am Akademischen Gymnasium in Wien war die Unterrichtssprache bestimmt nicht tschechisch und ebensowenig hatte Masaryk seinen Zögling, den Sohn eines Wiener Bankiers — der später unbedingt österreichischer

Offizier werden wollte — in tschechischer Sprache unterrichtet. Deutsch war auch die Vortragsprache an den Universitäten Wien und Leipzig. In dieser Stadt lernte Masaryk seine spätere Frau, die Amerikanerin Miss Charlotte Garrigue kennen. Masaryk zitierte unwillkürlich Goethe, als er versicherte, daß seine Heirat seine „Lehr- und Wanderjahre“ zum Abschluß gebracht hatte. All dies wurde von Masaryks Biographen getreulich vermerkt und kann von jedermann nachgelesen werden.

Die amtlichen und halbamtlichen Definitionen der Nachkriegsjahre stempeln daher den Gründer und ersten Präsidenten der Tschecho-Slowakischen Republik zu einem Volksdeutschen, in der Terminologie der Sieger ein „ethnic German“. Nach den „demokratischen“ Gepflogenheiten jener Jahre hätte daher Masaryks Besitz konfisziert und er selbst nach Deutschland vertrieben werden müssen. Selbst wenn Masaryk nicht schon früher gestorben wäre, wäre es niemals so weit gekommen, den Gesetzen und Verordnungen hatte seit je nur das gemeine Volk, der „plebs vulgaris“ zu gehorchen. Der König hat immer recht und dies gilt auch für alle Emporkömmlinge, Sieger und Usurpatoren der Neuzeit. So war Masaryk niemals in Gefahr, nach Deutschland verfrachtet zu werden. Ein gnädiges Schicksal hat ihn vor der tschechoslowakischen Götterdämmerung bewahrt, und vor allem vor dem grausamen Los, den zweimaligen Untergang seines Lebenswerkes hilflos mitanzusehen zu müssen.

Ocelo

## Schwere Unwetter in Westböhmen

Der Wettersturm am 16. August, der bekanntlich in Stuttgart sechs Menschen das Leben gekostet hat, hat auch die Tschechoslowakei heimgesucht. Der Orkan hatte sich von Stuttgart nach Nordwesten gedreht und ist über Nürnberg in Böhmen eingefallen. Das Egerland und das Gebiet um Pilsen wurden von einem furchtbaren Hagelschlag und Wolkenbruch heimgesucht. Im Bezirk Falkenau wurden fast 90 Prozent des noch nicht geernteten Getreides vernichtet, die Kartoffelflächen zur Hälfte geschädigt und Tagbau im Kohlengraben unter Wasser gesetzt. Im Bezirk Eger wurden durch einen Wirbelsturm 30 Prozent von den 4600 Hektar Getreideland schwer betroffen, der Sturm hob Dächer ab, in einem Ort wurde durch einen umstürzenden Baum die Stromleitung mitsamt dem Transformator und einer Mauer eingerissen, Äste von 20 cm Stärke brachen wie Zündhölzer. Durch Stromausfall wurde eine große Menge Milch in den Kühlräumen sauer.

Das Unwetter richtete in seinem Weitermarsch gegen Norden und Osten auch in den Bezirken Leitmeritz und Komotau große Verwüstungen an. In Leitmeritz wurde der Hopfen auf 182 Hektar vernichtet. Tausend Hektar Gemüseland wurden bis zu 90 Prozent geschädigt.

### Säuberungsrute für Lehrer

Das slowakische KP-Organ „Pravda“ hat zum Schulanfang eine Überprüfung der weltanschaulichen Einstellung der Lehrer gefordert, da die Verfassung bedingungslos eine Erziehung im Geiste der wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Weltanschauung fordert. „Von diesen Voraussetzungen ausgehend können wir künftig die weltanschauliche Haltung der Lehrer nicht mehr gleichgültig hinnehmen.“ Wer sich für den Lehrerberuf entschieden hat, habe damit zugleich freiwillig die Verpflichtung übernommen, ausnahms- und bedingungslos die Schüler im sozialistischen Geiste zu erziehen, auch außerhalb der Schule durch seine allgemeine Haltung in der Öffentlichkeit und im Privatleben.

### Gegen Getreidespekulationen

Der tschechische Landwirtschaftsminister hat neue Regelungen zur Verhinderung von Spekulationen mit Getreide und anderen Landwirtschaftsprodukten angekündigt. Untersuchungen hätten ergeben, daß Mitarbeiter von Landwirtschaftsbetrieben statt der fünfzehn bis sechs Doppelzentner Getreide pro Jahr und pro Person bis zu 20 Zentner in Anspruch nehmen und

Sudetendeutscher Betrieb

## Buchdruckerei Fr. Sommer

Drucksorten jeder Art  
Inhaber: Ing. Otto und Rautgundis Spinka  
3100 St. Pölten, Kremser Gasse 21

statt der zwei Zentner Kartoffeln bis zu 8 Zentner. Auf diese Weise hätten in letzter Zeit in zunehmendem Maße vor allem Familien, von denen mehrere Mitglieder in der Landwirtschaft arbeiten, die hohen Naturalbezüge zum Gegenstand von Spekulationen gemacht und damit die Volkswirtschaft und viele Bewohner des Landes geschädigt. Noch in diesem Jahr, so kündigte der Sprecher des Landwirtschaftsministeriums an, werde die Ausgabe von Materialien neu geregelt werden, und zwar so, daß eine Person höchstens fünf bis acht Zentner Getreide und Mais, und eine Familie höchstens 12 Zentner erhalten soll.

### Bilak ausgezeichnet

Der slowakische Kommunist ukrainischer Abstammung, Vasil Bilak, wurde mit dem Orden der Republik ausgezeichnet. Er spielte in den letzten Jahren eine zwielichtige Rolle. Am Beginn des Jahres 1968 war er auf Dubceks Vorschlag zum ersten Sekretär der KP der Slowakei gewählt, aber im August, unmittelbar nach der russischen Invasion, entfernt und durch Husak ersetzt worden. Allmählich rappelte er sich aber wieder hin- und gilt heute als einer der Kommunistenführer, die Husak am gefährlichsten werden können.

Kohle, Koks, Braunkohlenbriketts,  
Holzbriketts

## Teaninger-HOLZ

ELAN-OFENÖL

9021 Klagenfurt, Rudolfsbahngürtel 1

Telephon 85 5 95

Stadtgeschäft: Lidmanskýgasse 49

Telephon 83 8 85

### Eingeständnis

Die Behauptung „westlicher Propagandastellen“, daß von tschechischer Seite gezielt die Reisen von Bürgern dieses Landes in westliche Länder eingeschränkt werden, sei unrichtig, behauptete Radio Prag. Daß nur eine relativ kleine Zahl solche Reisen in den Westen unternehmen könne, sei ausschließlich durch die äußerst angespannte Devisenlage bedingt, und nicht durch die Furcht, den Reisenden Vergleichsmöglichkeiten zu bieten. Mit den knappen Beständen an harten Devisen sei es einfach unmöglich, zugleich die unerläßlichen Westimporte und Westreisen zu finanzieren.

## Husak verteidigt politische Prozesse

46 Gegner des Husak-Regimes verurteilt Verfahren niedergeschlagen

Der achte Prozeß gegen ehemalige Dubcek-Anhänger und Gegner der russischen Invasion ging am 8. August in Brünn zu Ende. Der ehemalige Parteichef von Brünn, Jan Sabata, Doktor der Philosophie und Professor für Politologie an der Brünnener Universität, erhielt sechseinhalb Jahre Gefängnis. Seinen Posten hatte er schon verloren, er verdiente sich zuletzt sein Brot als Erdarbeiter. Im November 1971 waren seine beiden Söhne wegen Verteilung von Flugblättern verhaftet worden, wenig später seine Frau und seine Tochter. Die Söhne waren wenige Tage vor dem Vater abgeurteilt worden, die Tochter kam nach ihm an die Reihe, gemeinsam mit der Frau des Historikers Tesar, der schon im Juli zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Hana Sabatova erhielt dreieinhalb Jahre, Frau Tesar vier Jahre. Insgesamt sind in neun Prozessen 46 Personen verurteilt worden, kein einziger der Angeklagten wurde freigesprochen, die Strafen reichten von 15 Monaten bis zu sechseinhalb Jahren. Revisionen an den Obersten Gerichtshof in Prag wurden rasch erledigt: mit der Bestätigung der Urteile. Wahrscheinlich wegen der weltweiten Proteste hat Staatspräsident Svoboda die Ermächtigung erhalten, zehn Strafverfahren niederschlagen.

Die Protestwelle griff tief in das kommunistische Lager hinein. Der sowjetische Physiker Tschalje appellierte an Svoboda, die 46 Verurteilten zu begnadigen. Der 33jährige Physiker erinnerte Svoboda daran, daß die Verurteilten ihn und Parteisekretär Dubcek in den glücklichen und tragischen Tagen von 1968 unterstützt haben. „Viele Menschen bewunderten Sie zu jener Zeit, Ihre Menschlichkeit könnte nun vielen Führern als Beispiel dienen.“ Der Gelehrte vergibt, daß Svoboda nur eine untergeordnete Figur in der tschechoslowakischen Führung und Husak untergeordnet ist.

Das Politbüro der italienischen Kommunisten verurteilte in einer offenen Stellungnahme die Methoden der gerichtlichen Verfolgung. Das Vorgehen gegen Männer, die bis 1968 qualifizierte Exponenten der kommunistischen Partei und der Kultur der Tschechoslowakei gewesen seien, lenke von neuem die Aufmerksamkeit auf die weiterhin schwerwiegende Situation in der CSSR. Es erhebe sich die Frage, wie die Freiheit der Meinung und der Rede garantiert sei. Die Kritik geht freilich völlig an der Rolle der Invasionsmacht vorbei. Das britische KP-Organ klagte darüber, daß es keine detaillierten Informationen über das Beweismaterial gegen die Beschuldigten gebe. Die Prozesse steigern die Besorgnis, die von den Kommunisten Frankreichs und Italiens bereits geäußert wurde. Die Prozesse und die Art ihrer Handhabung spielen den Antisozialisten in die Hände. Meinungsverschiedenheiten sollte man mit politischen Methoden austragen, nicht aber mit Prozessen und Gefängnisstrafen.

Der Bund der freien Gewerkschaften bezeichnete die Prozeßwelle als Rückkehr zum Stalinismus.

Die Russen traten zur Verteidigung der Prozesse an — natürlich, denn sie haben sie ja befohlen. In der Zeitung des sowjetischen Schriftstellerverbandes wird gemutmaßt, die westlichen Presseberichte über die Prager Prozesse dienten nur dazu, die geplante europäische Sicherheitskonferenz zu torpedieren. Die westlichen Journalisten seien von Menschenliebe und Humanismus gegenüber Personen entflammt, über deren subversive Tätigkeit keinerlei Zweifel bestehe. In dem Punkte kann die Literatenzeitung schon recht haben, daß die Prozeßberichte der gewünschten Sicherheitskonferenz schaden. Aber gäbe es keine Prozesse, so gäbe es keine Berichte.

Husak selbst verteidigte am 18. August in einem Interview mit „Rude Pravo“ seine politischen Prozesse. Er erklärte, von einer Wiederholung der vorfabrizierten Prozesse der fünfziger Jahre könne keine Rede sein. Die KP fordere von allen Bürgern Respekt für die sozialistische Legalität.

### Verräter Kolder gestorben

Am Vorabend des Jahrestages der sowjetischen Invasion starb der Minister-Vorsitzende für Staatskontrolle, Drahomir Kolder, eine zwielichtige Gestalt des kommunistischen Establishments. Er hat es in seiner Parteilaufbahn immer verstanden, sich der jeweils herrschenden Gruppe anzuschließen. Unter Novotny wurde er Parteiführer, aber 1963, als die Prozesse der fünfziger Jahre überprüft wurden, wurde er Vorsitzender der Überprüfungscommission. Er wurde dieser Funktion in der Weise gerecht, daß er samt seiner Kommission keinen Schuldigen für die Prozesse fand. Den Ausschluß Husaks aus der Partei erklärte er für rechtmäßig. 1968 nahm er zunächst am liberalen Kurs teil, gehörte aber zu denen, die den Bittbrief nach Moskau um Intervention abschickten. Er leugnete zwar damals seine Unterschrift ab, wurde trotzdem aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und durch Husak ersetzt, empfing aber die Belohnung für seinen Verrat im Jahre 1969, indem er zum Chef der Parteikontrolle ernannt wurde. Erbitterte Feindschaft hegte er gegen Smrkowsky. Dieser wieder nannte ihn damals in einem Interview einen Säufler. Er scheint recht gehabt zu haben, denn Kolder wurde nur 47 Jahre alt.



BLUMEN  
IM  
KOPF ...

... wir denken ans Geld,  
an langfristige  
Spareinlagen: je länger  
die Kündigungsfrist,  
umso höher die Zinsen,  
bis 5 1/2 %. Und dazu  
kommen noch  
die Zinseszinsen.  
Fragen Sie Ihre  
Sparkasse!



Sparkasse

# Die Erben nach Coudenhove-Kalergi

Der Sudetendeutschen Jugend ins Stammbuch  
Von Dr. Friedrich Nelböck

Am 12. Juli 1972 starb, wie die „Sudetenpost“ schon gemeldet hat, in seinem Urlaubsort Schruns in Vorarlberg der Begründer der „Pan-europa-Bewegung“ unseres Jahrhunderts, Doktor Richard Graf Coudenhove-Kalergi, völlig unerwartet an einer schweren Kreislaufstörung. Mit ihm ist der Mann dahingegangen, dessen Persönlichkeit und politische Zielsetzung auch mein eigenes einschlägiges Wirken in Wort und Schrift seit einem halben Jahrhundert maßgeblich bestimmt haben. Wenn es in Goethes Lied „Rechenhaft“ heißt „Nur die Lumpen sind bescheiden, Brave freuen sich der Tat“, dann erfüllt es mich heute am Ausklang meines Lebens mit tiefer Befriedigung, daß ich neben meinem Einsatz für Volk und Heimat in gleicher Weise im Sudetendeutschum der Vorkämpfer einer für uns alle lebensnotwendigen, unser aller nationales, politisches, wirtschaftliches und kulturelles Dasein einzig und allein sichernden Vereinigung Europas gewesen bin.

Ein an Erkenntnissen und Einsichten reicher Mann hat einmal resigniert festgestellt, das Weltgeschehen werde wesentlich bestimmt durch das Gesetz der Vereitlung. Möge es nicht auch wirksam werden in bezug auf die Einigung und Vereinigung von Europas Völkern und deren Staaten — ein Gesetz der Verzögerung hat diesen Prozeß bisher jedenfalls aus leid- und opfervollste beeinflusst! Im Anblick des ersten Weltkrieges und der Trümmer, die er hinterlassen hatte, hat der damals 30jährige Coudenhove den uralten Gedanken von der Notwendigkeit einer Einigung Europas ebenso leiden-

## Herbststimmung

Von EMIL MERKER †

Dionysisch erschauern die Wälder;  
durch verwittertes Gold bricht mein Schritt  
flucht sich in Kosmisches ein.  
Barst schon die Kelter,  
verströmt schon mein Wein?  
Alles Erdhaft-Bunte reiß ich im Sturze mit  
in den Abgrund hinein.

Ist Leben Lust — wildere Wollust ist der Tod.  
In Laachen von Rot  
zerblättert der Sinn des Seins.  
Um vergessenes Ich, verlächelte Namen,  
um all die zersprungen Konturen,  
meine vom Wind verwühlten Spuren  
schlägt Purpur zusammen.  
Emil Merker ist am 23. Juli 1972 gestorben.

schafflich aufgegriffen wie die Gründe hiefür klar überzeugend formuliert. Was wäre uns allen erspart geblieben, wenn nicht nur die angeblichen „Staatsmänner“ jener Epoche, sondern auch die Völker selber das „Signal“ gehört und verstanden und in seinem Geiste gehandelt hätten! Goethe hat auch dies gesagt: „Erst die ganze Menschheit zusammen ist der wahre Mensch, und der einzelne kann nur froh und glücklich sein, wenn er den Mut hat, sich im Ganzen zu fühlen.“ Eben an diesem Mut aber gebricht es immer wieder — jeder verkrampft sich in seine Partei-Ideologie, in sein Volk, in seinen Staat mit der Ausflucht, er sei zwar für die Idee, aber die anderen mögen beginnen und zunächst die nötigen Opfer zu ihrer Verwirklichung bringen ... Vergessen wir doch nicht: jede Vereinigung, vom kleinen Verein bis hinauf zu Völkerbund und UNO, ist und leistet nur das, was ihre Mitglieder aus ihr machen. Diese allein tragen alle Schuld, wenn die bestgemeinten Satzungen leeres Papier bleiben, nicht die Institutionen als solche! Auch hier gilt „es ist der Geist, der sich den Körper baut“!

Von Nietzsche stammt das Wort: „Fürchtbar und unentrinnbar wie das Schicksal erhebt sich vor uns die Frage — wie soll die Welt als Ganzes verwaltet werden?“ Die entscheidende Notwendigkeit für eine Meisterung dieses unseres Fatums hat schon Bismarck erkannt, indem er sagte: „Es gibt so vieles, wo wir einig sein könnten — da sollten wir denn auch nicht zögern, einig zu sein!“

Der einstige deutsche Militär-Attaché in Tokio, General Dr. Karl Haushofer, später als Professor an der Münchner Universität mit Ratzel und Kjellen Begründer der Wissenschaft von der Geopolitik — „die Wissenschaft vom Raum in deren Anwendung auf das staatliche Wollen“ — schreibt in seiner Broschüre „Geopolitik der Pan-Ideen“ (Band 21 der Weltpolitischen Bücherei, 1931): „Die großen Götter und Franken Theoderich und Karl mit ihren Beratern scheinen die ersten Pan-europäer gewesen zu sein, wenn sie den Gedanken des Zusammenschlusses ihres Erdteils auch in etwas frühromantischem, schwerem Stil erfaßten ... Aber seit dieser Zeit haben sich immer wieder einige der edelsten Geister und einige der gerissensten Menschenverächter und Gewaltträger Europas, darin ein Ziel oder ein Werkzeug suchend, mit der Pan-Idee ihres Erdteils befaßt und ihr zum Teil bemerkenswerte Prägungen gegeben: die Kreuzzugs-Prediger und Cluniazenser; Dante, Karl V., der Herzog von Sully ebenso wie der Abbé de Saint Pierre, Kardinal Alberoni, Leibniz und Kant, Napoleon I., selbst Metternich und Bismarck mit ihren Systemen bis zu Coudenhove-Kalergi und Briand seien dabei — ohne jedes Werturteil — genannt.“

1923 veröffentlichte der Wiener Dr. Richard Graf Coudenhove-Kalergi — Sohn eines alt-österreichischen Diplomaten und einer japanischen Mutter, einer der geistvollsten, sprachkundigsten und kenntnisreichsten Weltbürger unserer Zeit — sein Buch „Pan-Europa“. Er widmet es „der Jugend Europas!“ Darin heißt es seherisch: „Die Zeit drängt, Morgen könnte

es vielleicht zur Lösung der Europäischen Frage zu spät sein ... Europa, das sein Selbstvertrauen verloren hat, erwartet Hilfe von außen: die einen von Rußland, die andern von Amerika. Beide Hoffnungen sind für Europa lebensgefährlich! Weder der Westen noch der Osten will Europa retten — Rußland will es erobern, Amerika will es kaufen. Durch diese Scylla der russischen Militär-Diktatur und die Charybdis der amerikanischen Finanz-Diktatur führt nur ein schmaler Weg in eine bessere Zukunft — dieser Weg heißt Pan-Europa. Er bedeutet Selbsthilfe durch Zusammenschluß Europas zu einem politisch-wirtschaftlichen Zweckverband ... Die ganze europäische Frage gipfelt in dem russischen Problem. Hauptziel der europäischen Politik muß die Verhinderung einer russischen Invasion sein — diese zu verhüten, gibt es nur ein Mittel: den Zusammenschluß Europas! Die Geschichte stellt Europa vor die Alternative: entweder sich über alle nationalen Feindseligkeiten hinweg zu einem Staatenbund zusammenzufinden, oder der Eroberung durch Rußland zum Opfer zu fallen. Eine dritte Möglichkeit für Europa besteht nicht.“

In seinem staatsmännischen, vom Heute in die ferne Zukunft gerichteten Denken blieb Coudenhove nicht allein. Noch an eine andere Persönlichkeit sei hier erinnert — an den großen Schweizer Carl J. Burckhardt, der 1937—1939 der letzte Hohe Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig gewesen ist. Auch er ein Mann von tiefer Menschenkenntnis, Welt-erfahrung und begabt mit dem Wissen um das geschichtliche Begründete, mit dem ungetrübten Blick für das augenblicklich Geforderte, gepaart mit der Hellsicht des Kommenden: einer also, der den verpflichtenden, schwerwiegenden Namen „Staatsmann“ wahrhaft zu Recht trägt, einer jener, wie sie heutzutage sehr selten geworden sind.

Im Jahre 1925 schrieb Burckhardt an seinen Wiener Freund Hugo v. Hofmannsthal einen Brief, aus dem ich auszugsweise zitiere: „... Wundern Sie sich nicht bisweilen darüber, daß die sogenannten Staatsmänner unserer Zeit so wenig wahrnehmen, was wirklich vor sich geht? Alles starrt immer auf Deutschland, als ob alle Entscheidung von dort kommen würde ... auf eventuelle Entwicklungen, die sich am Rhein oder im künstlich isolierten Deutsch-Österreich oder vor allem in Bezug auf die Tschechoslowakei einstellen könnten. Welch eine weltpolitische Perspektive — die Republik Benschel! Glauben Sie einen Augenblick, daß, wenn alles ins große Fließen kommt, diese Republik der ungeheuren Wirkung der marxistisch-slavischen Anziehung, diesem Motiv zur Welt-föderation, widerstehen wird? Panlawismus mit dem Auftrieb einer neuen Religion! ... Hinter dieser deutschen Fassade, zwischen Baltikum und Stilleem Ozean, bereitet sich die wirkliche Bedrohung vor, in einem räumlichen Ausmaße, das die Menschheit noch nie gesehen hat ... In der sozialistischen Ära, in der wir alle leben, ist das russische Phänomen die größte Realität unseres Zeitalters, und diese Realität führt einem, mit allen Mitteln zur Weltherrschaft strebenden Staat unvorstellbare Kräfte zu!“

Erinnern wir uns der damaligen Situation in Mittel- und Osteuropa: die CSR, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien — dann Polen, Litauen, Lettland, Estland bestanden als souveräne Staaten in teils republikanischer, teils monarchischer

Kunststoffböden und Jalousien

ing. Th. Nedelko

**Rollfix**

Jalousierollen

Bodenbeläge  
Vorhänge  
Kunstböden

Klagenfurt, 8.-Mai-Straße 11, Telefon 83 0 87

Staatsform. Erst dahinter begann die UdSSR. Diese steht heute mit ihren in die Satellitenstaaten dislozierten Panzern und Truppen 60 km von Wien entfernt und — berücksichtigt man die Luftlinie nördlich Holland — Mecklenburg (DDR) — nur ca. 250 km vor den Niederlanden ...

In jenem seinem Erstlingswerk „Pan-Europa“ schrieb Coudenhove 1923: „Die einzige kluge Politik für Europa ist, eine friedliche Politik gegen Rußland zu verfolgen, aber gegen alle Eventualitäten gerüstet zu sein. Diese Sicherung kann nur erfolgen durch eine solidarische Haftung aller europäischen Staaten für die russisch-europäische Grenze — durch ein paneuropäisches Defensivbündnis gegen die russische Gefahr ... Wenn erst die russischen Armeen in Europa stehen, werden sie es freiwillig kaum mehr verlassen (Geschrieben 1923!!) ... Rußland bildet für Europa aber nicht nur eine militärische Bedrohung, sondern auch eine wirtschaftliche Ergänzung. Will Europa in eine erfolgreiche Konkurrenz mit Amerika treten, so muß es Rußland gegenüber als wirtschaftliche Einheit auf-treten.“

Vor 50 Jahren hat also Coudenhove in dieser Beziehung genau das gefordert, was West-europa heute nicht ohne dauernde Schwierigkeiten mit der NATO und der EWG gegen Ost und West zu verteidigen und zu behaupten bemüht ist. Vor 50 Jahren hätten wir es besser und billiger haben können! Aber auch damals war sich der Weltbürger Coudenhove mit seinen Einsichten darüber klar, daß nur die geballte Kraft von Europa der lebensgefährlichen Bedrohung aus dem Osten Einhalt gebieten könne — Einsichten, die dem Binnen-Deutschen und weltfremden Hitler fehlten. Daher versuchte dieser — trotz den Erfahrungen, die schon Napoleon I. bei seinem Rußland-Feldzug machte, und trotz der Einsicht in die naturgegebene

Beschränktheit des deutschen Kräftepotentials gegenüber einer Weltkoalition, wie dies der erste Weltkrieg gelehrt hatte — die Lösung der europäisch-russischen Frage im Alleingang. Der Erfolg sollte die Vorherrschaft von Groß-Deutschland bringen. So wurde Hitler zum Gegenspieler Coudenhoves. Er mußte um so mehr scheitern, als die vollständige Indolenz in der anglo-französischen Staatenwelt dem russischen Problem gegenüber diese ihm noch in den Rücken fallen ließ.

Ich habe vorhin auf die territoriale Expansion der UdSSR nach dem 2. Weltkrieg hingewiesen, welche dieser in direkter Annexion eine Erweiterung des Landbesitzes um 500.000 Quadratkilometer einbrachte. Mit der Hegemonie über die Staaten Ost-Mitteleuropas wurde diese „Eroberung ohne Krieg“ bis an die Elbe und bis an die Donau ab Preßburg bis Belgrad fortgesetzt. Dazu kommt aber seit erst etwa 15 Jahren etwas noch viel schwerer Wiegendes: die Entwicklung des bis dahin hauptsächlich binnländischen Sowjet-Imperiums zur Weltmacht zur See auf allen Meeren! Bis in Einzelheiten unterrichtet darüber die 1971 im Seewald-Verlag erschienene Broschüre von Wolfgang Höpker.

„Man spricht von der bisher größten Herausforderung des Westens seit Bestehen des Sowjetstaates, die sich aus der Sicht künftiger Geschichtsschreiber als der schwerwiegendste Einschnitt des ausgehenden 20. Jahrhunderts erweisen könnte ... Man kann nicht umhin, im Vordringen der Sowjets auf die Ozeane eine revolutionäre Änderung des Weltbildes zu erkennen ... Fast unversehens ist Moskau aus dem traditionellen Zentrum einer eurasischen Kontinental-Macht zum Mittelpunkt einer erdumspannenden Macht geworden, die neben einer gewaltigen Raketenwaffe zum 1. Mal in der russischen Geschichte nun auch bereits über die Flottenstärke einer Supermacht verfügt! Es war der „Nackenschlag von Kuba“ 1962, der Chruschtschow die Erkenntnis beibrachte, daß zum Einsatz militärischer Macht über weite Entfernungen eine ozeangängige Flotte unentbehrlich sei ... Die Freiheit der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten beruht auf der Sicherheit der überseeischen Verbindungen (denken wir doch nur an die für Europa lebensentscheidende Versorgung mit Öl! d. Verf.) — auf der Kontrolle über die Weltmeere, die die Sowjets dem Westen zu entwinden entschlossen sind. Sie sind es, die heute den Status der führenden Seemacht anstreben.“

Diese Tatsachen-Feststellungen nach den Ausführungen Höpkers mögen das Prinzipielle der heutigen geopolitischen Weltlage beleuchten. Die besondere Gefährdung Europas liegt in der Gefahr seiner zangenförmigen Umfassung aus dem Mittelmeer, der Ostsee und über die Nord-Kalotte unseres Erdteiles aus dem Nordmeer

## Der Bruderkuß Friedrich II. und Joseph II.

Von Helwig Adolph-Auffenberg-Komarow

Gleichsam ergänzend zu dem interessanten Artikel über das Kaiser-Joseph-Denkmal in Mährisch-Neustadt, der am 28. April in der „Sudetenpost“ erschien, will ich die historischen Ereignisse skizzieren. Sie wurden in Szene gesetzt, um den Zwist zwischen Habsburg-Lothringen und Hohenzollern zu beseitigen, ja, mehr noch, die einstigen Kontrahenten durch ein Schutz- und Trutzbündnis auf einen gemeinsamen außenpolitischen Weg zu bringen. Ein Ziel, das leider nicht erreicht wurde, denn als sich Joseph und Friedrich voneinander trennten, tauschten sie zwar den üblichen „Bruderkuß“ und Höflichkeit-floskeln aus, doch im Grunde hatte sich nichts an ihrem alten Mißtrauen geändert. Die Zeit, die Erlebnisse haben die Frage hinfällig gemacht, wer von diesen einander in „Haßliebe“ zugetanen „Brüdern“ an dem Scheitern der Bemühungen mehr oder minder Schuld trägt. Geblieben ist die verdiente Hochachtung vor diesen beiden über jeden Zweifel erhabenen deutschen Herrschergestalten des 18. Jahrhunderts, da jeder in seinem Bereich das Beste für seinen Staat leistete. Leider, und dies ist eine der an Tragiken so reichen gesamtdeutschen Geschichte, nicht „viribus unitis“, sondern eben stets mit voller Kraft gegeneinander!

Joseph ging es darum, daß Friedrich endlich vom Partikularismus ablasse und den „reichlichen Weg“ der Einheit nach außen und innen einschläge. Zum Unterschied von Maria Theresia und ihren Ratgebern glaubte Joseph fest an den Nutzen einer persönlichen Aussprache mit dem Herrscher Preußens. Seit 1765, da Maria Theresia ihren ältesten Sohn zum Mitregenten in Österreich ernannt hatte, plädierte dieser mit dem sehr plausiblen Argument: „Das ewige Grollen gegen Preußen sei töricht und nutzlos, man muß trachten, diese starke Militärmacht für sich zu gewinnen, demnach erheische es die politische Vernunft, ein persönliches Gespräch mit Friedrich II. anzustreben, um ihn von den Vorteilen eines Zusammengehens mit Österreich zu überzeugen!“ Dies sind die Beweggründe, mit denen Joseph seinen Plan gegenüber seiner Mutter und dem Staatskanzler Kaunitz motivierte.

„Wohlan, so geh in die Höhle des Löwen!“

So soll der Fama nach die vom positiven Ergebnis eines solchen Treffens keineswegs überzeugte Maria Theresia schließlich gesagt haben. Denn sie kannte Friedrich und kannte ihren Sohn, der, wenn er einen Schritt für richtig hielt, sich davon nicht abbringen ließ. Doch ehe es zu jenem Monarchentreffen kam, lief die Maschinerie der Diplomatie auf Voltouren, die hochpolitischen Verhandlungen zwischen Wien und Berlin. Weder Österreich noch Preußen wollten das Odium auf sich nehmen, den ersten Schritt getan zu haben. So schwerwiegend die Probleme auch waren, die

her, Überall stehen gewaltige russische Flotten bereit, die an neuester Bauart und Bewaffnung selbst der US-Flotte überlegen sind. Aber auch im Persischen Golf und im Indischen Ozean, vom Fernen Osten ganz abgesehen, befinden sich bereits Escadren unter der Sowjetflagge und deren territoriale „Unterstützungspunkte“.

3.  
Unter solchen Aspekten haben wir, heute Politik, auch Heimatpolitik, zu machen. Keinem großen Volke kann es verwehrt sein, Weltpolitik zu machen, wenn es seine weltgeschichtliche Stunde gekommen glaubt und wenn es über die materiellen und geistigen Voraussetzungen verfügt, eine Führungsrolle unter den Völkern anzustreben und einzunehmen. Auch dem russischen Volk nicht. Aber, eben nur eine Führungsrolle und keine imperitive Vorherrschaft! Will sich eine solche den andern Völkern aufzwingen, dann müssen diese — sofern sie noch über Lebenswillen und Lebenskraft verfügen — zur Selbstverteidigung greifen. Vor dieser Situation steht Rest-Europa, will es seine im Laufe einer mehrtausendjährigen Geschichte in wechselvollem Mit- und Gegeneinander geformte Wesenheit bewahren. Alle seine Völker, die germanischen wie auch die romanischen und slavischen, haben daran mitgewirkt, und ihre edelsten Geister alle waren das, was ich die Inkarnation des „europäischen Menschen“ nennen möchte.

„Jede Nation ist ein Heiligtum“, sagt Coudenhove an anderer Stelle, „als Pflegestätte der Kultur, als Kristallisationspunkt der Gesittung und des Fortschritts ... Ein Kampf gegen den nationalen Gedanken wäre ein Kampf gegen die Kultur. Der Kampf gegen den nationalen Chauvinismus würde sich schwerer kompromittieren, wenn er nicht Halt machte vor der nationalen Idee. Der nationale Chauvinismus kann nicht durch einen abstrakten Internationalismus niedergekämpft werden, sondern durch Vertiefung und Erweiterung der nationalen Kultur zu einer europäischen. Durch die Erkenntnis, daß alle nationalen Kulturen Europas eng und unentwurzbar zusammenhängende Bestandteile einer großen, einheitlichen europäischen Kultur sind.“

Deren göttlicher Seelenfunke aber ist die Idee der Freiheit! Jene Freiheit, für die unsere Väter und Großväter 1848 auf die Barrikaden gestiegen sind. Wenn wir ihren Opfergang verateten, wenn wir mit der Freiheit des Denkens, Dichtens und Redens, mit der Freiheit des Forschens und Lehrens das tiefste Seins-Element der „europäischen Menschen“ preisgeben, dann sind alle Völker unseres Erdteiles für alle Zukunft als Faktoren weltgeschichtlicher Gestaltung ausgeschieden. Nicht politische oder soziale Probleme trennen uns in erster Linie von den Herrschaftssystemen der Diktaturen, sondern deren Vergewaltigung menschlichen Freiheitsstrebens. Unsere alte Heimat ist in ihrem heutigen Schicksal das tragische Beispiel in der Gegenwart, und der Kampf um die Wiedergewinnung der ihnen mit Gewalt geraubten Freiheit war es, der 1953 die Berliner und 1956 die Ungarn auf die Barrikaden und Straßen trieb und der 1968 einen Jan Palach in seiner Verzweiflung um sein Volk sich der Selbstverbrennung überantworten ließ.

man zu lösen anstrebte, klemmte sich doch immer die unglückselige Eitelkeit, das sogenannte Prestige, hemmend dazwischen. Die Sommerübungen der preußischen Armee waren Kaiser Joseph II. ein willkommenes Anlaß, inkognito als Graf Falkenstein diesen Manövern beizuwohnen, und zwar unter Mitnahme eines zahlreichen Gefolges, Militärs und Staatsfunktionäre. Sie alle begleiteten den „Grafen Falkenstein“ natürlich nur als Privatleute, „Schlachtenbummler“. Inzwischen wurden hinter den Kulissen alle Register einer hochpolitischen „Regie“ gezogen. Dazu gehörte auch, daß der am 25. August 1769 in Neißer eingetroffene Kaiser Joseph nicht beim König Quartier nahm, sondern, um den offiziellen Charakter der Visite zu wahren, sich mit seinem Gefolge in einen Gasthof einlogierte.

Im Tagebuch eines Ordonanzoffiziers steht unter dem Datum 26. August 1769 u. a.: „Die Begrüßung der beiden Herrscher war herzlich, Seine Majestät der Kaiser umarmte Seine Majestät den König ...!“ Entsprechend ihrer nächsten, nur vom gegenseitigen Staatswohl bestimmten Wesensart hielten sie sich nicht mit Außerlichkeiten auf, sondern begaben sich rasch an die Arbeit. Im Schreibzimmer Friedrich des Großen begann sogleich die Konferenz. Sich an den Kaiser wendend, sagte der Preußenkönig wörtlich: „Es ist mein ausdrücklicher Wunsch, mit Österreich dauernd freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten!“ Joseph wies nun seinerseits darauf hin, daß es die Reise nach Neißer beweise, daß dies auch sein, also des römisch-deutschen Kaisers ausdrücklicher Wunsch und Wille sei. Friedrich erwiderte darauf seinem hohen Besucher wört-

SCHUHE — BEKLEIDUNG — SPORTGERÄTE  
**Sporthaus WILLI RADER**  
KLAGENFURT, KRAMERGASSE 8

lich: „Ich weiß, daß man mich in Wien für falsch hält und ich bin es auch gewesen, jetzt hat sich dies aber geändert!“ Worauf Joseph mit der vom Preußenkönig mit einem Lächeln quittierten Bemerkung konterte: „Wohl darum, weil wir endgültig auf die Wiedereroberung Schlesiens verzichten haben!“

Betrachtet man nun das Wesentliche des Planes, den Kaiser Joseph damals in Neißer Friedrich d. Großen unterbreitete: Das Projekt Joseph II. gipfelte in dem Passus: „Im Falle kriegerischer Konflikte fremder Staaten sollten sich Österreich und Preußen gegenseitig zur Wahrung der strengsten Neutralität verpflichten!“ Dieses österreichisch-preußische Übereinkommen gedachte Joseph in Form eines Briefwechsels mit Friedrich festzulegen. Der damals 28jährige



Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, jeweils von 14 bis 17 Uhr.

Tief berührt teilen wir mit, daß schon wieder ein Landsmann uns für ewig vermissen hat. Es ist Herr Erwin Hanke, Radio- und Fernsehmechanikermeister, geb. 1918 in Freiwaldau. Er war der Gatte unseres Ausschußmitgliedes Margarethe Hanke, der sich sowie seiner Familie unsere ganze Anteilnahme zuwendet. Bei seiner Bestattung wurde die sudetendeutsche Fahne vorangetragen und zwei Landsmännchen in der Teßtaler Tracht legten einen Kranz als letzten Gruß unseres Landesverbandes an seinem Grabe nieder. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Traurige Nachricht müssen wir auch geben vom Hinscheiden unseres Lm. Herrn Dr. jur. Richard Novak. Er verstarb im 75. Lebensjahr. Der Verstorbene war nach der Gründung des sudetendeutschen Landesverbandes Salzburg im Jahre 1951 erster Geschäftsführer. Seinen Hinterbliebenen übermitteln wir auf diesem Wege unser aufrichtiges Beileid. Auch dieses aufrechten Landsmannes wollen wir ehrend gedenken.

Wir machen nochmals auf unseren nächsten „Kaffeeklatsch“ am Dienstag, dem 12. September, um 15 Uhr, im Café Sissy, aufmerksam. Wir wünschen uns wieder einen so guten Besuch wie bisher.

Für das kommende Lebensjahr wünschen wir das Allerbeste zum Geburtstag unseren Mitgliedern: Ing. Fritz Machata in Oberalm (84), Hermine Bohusch in Badgastein (81), Hilde Paneth (81), weiters: Marie Ascherl, unserer rührigen Frauenreferentin Hedwig Dworschek, Anna Meisner und Alice Pösch.

Goldene Hochzeit feierte am 26. August das Ehepaar Friedrich und Josefa Schartner, Bäckermeister aus Heilbrunn, Kreis Kaplitz; sie sind treue Sudetenpost-Leser.

### Steiermark

#### Judenburg

Am Samstag, dem 2. September, fand in der Stadtpfarrkirche St. Nikolaus in Judenburg die Trauung von Frau Anna Magda Hinker mit dem Obmann der Bezirksstelle Judenburg der SLO, Winkl. Amtsrat Karl J. O. Liebisch, statt. Am Vorabend der Trauung überreichten Vorstandsmitglieder dem Hochzeitspaar kleine nette Präsente und überbrachten im Namen aller Mitglieder der Bezirksstelle Judenburg die besten Wünsche für die künftigen Jahre. Möge dem Ehepaar stets Gesundheit, Glück und Freude beschieden sein.

### Kärnten

Urlaub in der Landesgeschäftsstelle  
Wegen der Urlaubszeit ist das Sekretariat seit 23. August bis 6. September geschlossen. Ab 13. September finden die Sprechstunden wieder jeden Mittwoch von 17-18 Uhr statt.

#### Klagenfurt

Ende September unternimmt die Bezirksgruppe eine Tagesfahrt in die Südsteiermark mit einer ausgedehnten Kellerpartie. Jene Landsleute, die sich genug jung fühlen, einen guten Tropfen nicht verachten und wieder einmal lustig sein wollen, melden sich bereits am Mittwoch, dem 13. September, ab 17 Uhr im Sekretariat, Klagenfurt, Adergasse 17 (Baracke).

und sein noch gewichtigerer Hintermann Wehner sahen das Abkommen von München im Jahre 1938 gewiß durch die haßgetriebene Politik der politischen Emigranten. Und mit der volkspolitischen Ahnungslosigkeit des ehemaligen Binnendeutschen sahen sie in dieser Lösung nur einen Erfolg des Nationalsozialismus: Daß die Forderung auf Selbstbestimmung keine nationalistische, sondern ganz einfach eine völkerrechtliche war und von uns vom ersten Tage unserer Unterjochung im Jahre 1918 an bis zum Abkommen von München täglich wiederholt wurde, und zwar so lange vergeblich wiederholt wurde, bis erst die Macht eines stärkeren Reiches hinter uns stand, wußte damals jeder Abc-Schütze. Aus purer Peinlichkeit über das damalige Versagen der Demokratie, der Humanität, des Christentums, ja der primitivsten Menschenrechte gegenüber dem Sudetendeutschtum bleibt heute allerdings nichts unversucht, die immerhin verspätete Lösung von 1938 im Sinne der Selbstbestimmung als einen Gewaltakt Hitlers hinzustellen. Und darin liegt die hinterhältige Lüge der Gegner, die nunmehr schon selbst von den Deutschen geglaubt wird. Sicher spricht es nicht für die Moral der anderen, wenn erst durch den Nationalsozialismus der erforderliche Nachdruck geleistet werden mußte, um das gegebene Versprechen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson erst nach mehr als 20 Jahren einzulösen.

Allein, um sich von dieser Sünde der gesamten Welt, die da untätig zugehört hatte, wie dreieinhalb Millionen Deutsche der planmäßigen Vernichtung ausgeliefert waren, reinzuwaschen, muß das Abkommen von München nicht nur von deutschen Regierungen verdonnert werden, sondern sogar vom Bundesvorstand der Sudetendeutschen selbst. Nicht anders ist dessen Erklärung aufzufassen „die Sudetendeutschen wären auch 1938 nicht gefragt worden“. Solange dem schwarzen oder roten Parteidenken verhaftete Funktionäre den Bundesvorstand bilden und nicht unabhängige überparteiliche Sudetendeutsche, die weder Brandt noch Barzel hörig sind, sondern nur nach ihrem sudetendeutschen Gewissen handeln, solange wird der Ungeist von 1961 und 1963, im Jahre 1938 sei mit den Sudetendeutschen „ein gewissenloses Spiel getrieben worden“, den Teu-

fel beschwören und eines Tages brauchen wir uns nicht wundern, wenn er Junge kriegt.

Fast scheint es müßig, den Lesern noch einmal die Tatsache ins Gedächtnis zu rufen. Aber man kann es nicht oft genug tun, wenn fette Lügen die Wahrheit verdrehen wollen:

Der Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich wurde vom Waffenstillstand 1918 an bis 1938 ohne Unterbrechung von uns gefordert und ohne Unterschied, wer gerade Reichskanzler war. In Österreich war es ähnlich.

Daß wir uns angesichts der vorläufigen Aussichtslosigkeit mit den Tschechen zur Zusammenarbeit bereitfinden, sprach eher für uns, wenn diese auch unseren guten Willen beiseite schoben und nun um so früher unseren Untergang wollten. Der nach zwei Jahrzehnten unerträglich gewordene Zustand war der Weltöffentlichkeit nicht verborgen geblieben und nur so fanden sich die Vertragsmächte von St. Germain veranlaßt, den an uns 1919 begangenen Betrug wieder gutzumachen und die Abtrennung unserer Heimat von der CSR vorzunehmen. Frankreich und Großbritannien, nicht Deutschland, stellten am 19. September 1938 an Beneß die Forderung, das Sudetenland abzutreten. Hitlers Zutun bezog sich nur mehr auf die Beschleunigung.

Die sofort nach dem Anschluß im Sudetenland vorgenommene Abstimmung ergab die überwältigende Bejahung des Abkommens mit 99 Prozent der Stimmen.

Es ist heute der allerbilligste Dreh, alles, was unter der Hitler-Ara geschah, in den Schmutz zu ziehen und zu diskriminieren, selbst wenn es Positives war. Parteipolitische Selbstgefälligkeit thront hier über dem Untergangenen. Wer aber heute das Abkommen von München annulliert sehen möchte, nur weil es Hitler auf sein Erfolgskonto gebucht hatte, der müßte doch noch viel eher das gesamte deutsche Autobahnnetz zertrümmern! Dabei verspürten Autobahnen kein Unrecht und keinen Schmerz. Warum muß demher Haß immer wieder auf dem Buckel wehrloser, ja rechtloser Sudetendeutscher ausgegossen werden?

Wenn wird sich der Bundesvorstand der SL ermutigt fühlen, den Parteidoktrinen zu widersprechen?

#### Sudetendeutsches Leid

„Ich meine...“, daß wir wegen der Urteile in der CSSR keineswegs ein Aufsehen machen brauchen, denn: 1. Geht es uns nichts an, was in einem Nachbarstaat, ohne uns zu treffen, geschieht, 2. Kehre jeder vor seiner eigenen Tür, denn im Leitartikel der Folge 15/16 „Husak, sein eigener Ankläger“ steht: „Wenn man allerdings die Begleitmusik berücksichtigt, daß Intellektuelle sich jetzt ihr Brot als Heizer, als Nachtwächter und so weiter verdienen müssen, daß Familienmitglieder in die Verurteilung einbezogen werden, dann hat die Welt Grund genug, sich auch über diese Prozesse zu erregen...“

Dazu muß wohl, um der Gerechtigkeit zu entsprechen, daran erinnert werden, daß nach dem Zusammenbruch 1945 von der tschechischen Staatsmacht den Sudetendeutschen überhaupt jede Arbeit, mit Ausnahme von nicht entlohten Zwangsarbeiten, genommen wurde — also nicht einmal als Nachtwächter usw. — und in der wiedererstandenen Republik Österreich die vollkommen beraubten und über die mährische Südgrenze gestobenen sudetendeutschen Vertriebenen nur als Hilfsarbeiter arbeiten durften, bzw. mußten, da sonst die Lebensmittelkarte entzogen worden wäre — dies auch für unsere Kinder. Alles dies geschah ohne irgendein auch noch so fragwürdiges Gerichtsverfahren. Der Kaufmann

war „Straßenbarawer“, der Arzt „Ziegelschupfer“, der Beamte „Tiefbauarbeiter“ usw. Man möge eine Begründung dieses Vorgehens mit „es waren andere Zeiten“ beiseite lassen, denn es war derselbe Geist wie heute noch gegen uns, der diese „Blüten“ trieb.

Alfred Fischer, Wien XIII.

#### „Raus mit ihnen“

Zu Ihrem Kommentar in der Ausgabe vom 11. August 1972 bezüglich eines Leserbriefes in der „Neuen illustrierten Wochenschau“ — „Raus mit ihnen!“, gestatte ich mir, auf ein mögliches Versäumnis Ihrerseits aufmerksam zu machen.

Wie wäre es, wenn Sie darauf hingewiesen hätten, daß jene Frau Hilde Brutti auch selbst keinen österreichischen Namen trägt und, wenn man es so auffaßt, mit in den Rahmen der verschiedenen Arten von Kolaric gehört.

Brutti ist nicht nur ein Familienname italienischer Herkunft, sondern auch die Mehrzahlbildung des italienischen Wortes brutto, das heißt häßlich.

Diese Überlegung müßte eigentlich Anlaß geben, an der Echtheit des Leserbriefes in der „Wochenschau“ zu zweifeln. Sagen Sie das bitte unseren Landsleuten. Für eine wirkliche Frau Brutti wäre es wenig ehrenhaft, solche Gedanken zu entwickeln.

J. Rauch, Dornbirn

## Die JUGEND berichtet

Jugendredaktion 1160 Wien Effingergasse 20

### Bundesjugendführung

Die Sommermaßnahmen sind nun vorbei, alles ist gut gelaufen und man kann auch mit der Teilnehmerzahl zufrieden sein, trotzdem hoffen wir, daß es im nächsten Jahr noch mehr Kameraden sein werden, die mit der SDJ auf Urlaub fahren werden. Wir glauben, daß wir für jeden etwas geboten haben: Sommerlager für Kinder, Bretagne-Fahrt, Olympialager und noch einiges mehr. Wieder waren von uns Kameraden eingesetzt, die selbstlos einen Teil ihres Urlaubes für diese Maßnahmen verwendet haben. Ihnen gilt unser besonderer Dank, denn nur durch ihre Mithilfe war es möglich, alles so glatt (und vor allem ohne Unfall) über die Bühne zu bringen. Dies muß auch einmal erwähnt werden!

Wir danken auch nochmals allen, die die erwähnten Maßnahmen finanziell gesichert haben (selbstverständlich nehmen wir noch gerne dankend Spenden an: Konto Nr. 002/31266, Bundesjugendführung der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, bei der Ersten Oesterreichischen Spar-Casse).

Nun stehen wir am Beginn der neuen Herbstsaison, die Arbeit für die Verantwortlichen steht schon vor der Tür! Liebe Landsleute, es liegt an Ihnen, daß diese Arbeit fruchtbringend ist und wird. Haben Sie Kinder oder Enkelkinder im Alter von ca. 9 bis 25 Jahren, so erzählen Sie diesen von der Sudetendeutschen Jugend (IHREER Jugendorganisation) und schicken Sie sie zu den Veranstaltungen der SDJ und zu den Heimstunden. Sie dürfen versichert sein, daß die Kinder und Jugendlichen gut bei uns aufgehoben sind!

Geben Sie den Jugendlichen die „Sudetenpost“ in die Hand und verweisen sie auf die Jugendspalte, geben Sie Ihren Kindern damit einen kleinen Anstoß, Sie werden es nicht bereuen! Sollten Schwierigkeiten auftauchen, so setzen Sie sich mit der Bundesjugendführung in Verbindung, vielleicht können wir mit einem guten Rat helfen!

Sollten Sie keine Nachkommen haben, aber sich für die Arbeit der Jugend interessieren und diese unterstützen zu wollen, so tragen Sie mit einem kleinen Scherlein zu dieser wohl schwierigen Arbeit bei (die Kontonummer haben wir bereits angegeben).

Landsleute, es geht in Zukunft um Ihre Anliegen, die dann vielleicht einmal die heutige Jugend in der SDJ vertreten soll! Daher alle sudetendeutschen Kinder in die Sudetendeutsche Jugend Österreichs! Helfen Sie mit bei der Werbung für die SDJ! Selbstverständlich können auch alle österreichischen Freunde gewonnen und mitgebracht werden, sofern diese für die Erreichung unserer Ziele mitarbeiten wollen!

Wir hoffen, daß wir keine Fehlbesetzung an Sie gerichtet haben und erwarten Ihre aktive Mitarbeit! Danke schön!

### RÄTSELSTERNFAHRT

Am Sonntag, dem 8. Oktober führen wir zum zweiten Mal unsere Rätselsternfahrt durch. Wieder werden wir uns in kleinen Etappen mit Fragen und mit viel Geschick einem unbekanntem Ziel nähern. Abfahrt ist um 8.30 Uhr vom Parkplatz vor dem Wiener Stadion. Der Teilnehmerbeitrag beträgt S 30.— für jede Pkw-Besatzung. Wieder winken schöne Preise, voran der Wanderpokal unseres Sprechers, Dr. Walter Becher.

Was ist mitzubringen? Viel Wissen, einiges Geschick, viel Glück und vor allem gute Laune! Am Zielpunkt werden wir uns gemütlich zusammensetzen, die Siegereichnung durchführen und einen netten Spätmittag verbringen. Euer

Auto muß voll intakt sein, daher alles gut überprüfen! Nehmt auch Eure Bekannten mit einem Wagen mit, es wird bestimmt sehr lustig sein.

Bitte sofort anmelden, damit die Planung zügig voranschreiten kann: Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Effingergasse 20, 1160 WIEN!

#### Unsere Herbsttermine:

- 8. 10.: Rätselsternfahrt
- 11./12. 11.: Kongreß junger Sudetendeutscher in Regensburg
- 26. 12. 1972 bis 1. 1. 1973 (oder länger): Weihnachts- und Neujahrsskilager der SDJÖ.

### Landesgruppe Wien

#### Bergsteigertreffen auf der Reichenberger Hütte

Dieses Treffen fand vom 12. bis 15. August statt. Die Reichenberger Hütte ist Eigentum der Sektion Reichenberg des Österreichischen Alpenvereins in Wien. Sie liegt bei St. Jakob im Deferegental in Osttirol 2586 m Seehöhe. Herrliches hochsommerliches Wetter kennzeichneten die schönen Tage, die wir dort verbringen durften. Kleine Wanderungen in die Umgebung waren selbstverständlich auf der Tagesordnung. Nur ungenügend verließen wir am 15. August wieder diesen herrlichen Platz in der schönen Natur Osttirols, doch wir versprechen, daß wir im nächsten Jahr wieder dabei sein werden!

#### SDJ-GRUPPE WIESBADEN IN WIEN

Wieder konnten wir von der SDJ-Wien eine SDJ-Gruppe aus der Bundesrepublik Deutschland bei uns zu Gast begrüßen. Diesmal waren es die Kameraden der SDJ-Gruppe WIESBADEN, die uns schon von den Sudetendeutschen Tagen besonders als Volkstanz- und Singgruppe aufgefallen war. Schon im Frühjahr wurde die ersten Beziehungen geknüpft und die Unterkunftsfraße geklärt. Einige unserer Kameraden waren voriges Jahr bei der Irland-Fahrt mit Kameraden der Wiesbadener Gruppe zusammen.

Am Freitag, dem 18. August, langten die Kameraden in Wien ein und übernachteten im Jugendgästehaus in Hütteldorf. Am Samstag und Sonntag wurde ihnen einiges von Wien gezeigt. Am Montag fuhren die Wiesbadener über unsere Anregung ins Burgenland und machten eine kleine Besichtigungsfahrt. Der Dienstagabend war einem Heurigenbesuch vorbehalten. Der Heimabend am Mittwochabend war ein gutgelungener Kameradschaftsabend, bei dem viel gesungen und getanzt wurde (auch Volkstänze). Am Donnerstagabend waren die Kameraden aus Wiesbaden zum Teil bei einigen Wiener Kameraden zu Gast. Am Freitag, dem 25. August fuhren die Wiesbadener wieder heim. Wir glauben, daß wir wieder gute Kameraden gefunden haben und freuen, uns schon jetzt auf das Wiedersehen (hoffentlich in Wiesbaden, wohin wir eingeladen wurden!).

#### HEIMABENDE

Der Heimabendbetrieb ist wieder angelaufen! Hoffentlich waren unsere Aufrufe in den letzten Nummern der „Sudetenpost“ nicht umsonst und das Heim ist wieder überfüllt! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr im Heim Wien 17, Weidmannngasse 9 (Straßenbahnlinie 49 bis zum Elterleinplatz). Vorher ist Gelegenheit zum Tischtennis.

Die Kinderheimabende laufen auch bald an. Die uns bekannten Kinder werden von uns rechtzeitig verständigt. Geben Sie uns daher noch rasch die Adresse Ihres Kindes bekannt! Freunde können mitgenommen werden!

#### CLUB 2000

Unser Samstagabendclub öffnet auch demnächst seine Pforten. Macht schon jetzt dafür Werbung. Auskünfte im nächsten Heimabend!

## Tribüne der Meinungen

### Wenn der Teufel Junge kriegt

Der sudetendeutsche Schriftsteller Alexander Hoyer (Graz) schreibt uns

Die Vorhut-Geplänkel für einen weiteren „Ostvertrag“ sind längst im Gange. Man sollte nun meinen, dies geschähe beiderseits aus taktischen Gründen, um für den Augenblick des Verhandels die bestmögliche Ausgangsbasis zu schaffen. Doch wer so denkt, denkt nicht deutsch. Deutsch denken heißt heute, über Selbstkritik und Selbstverleugnung sich bis zum Selbstbetrug verlieren. An diesem untersten Tief angelangt, schickt sich die deutsche Bundesregierung an, mit Prag ins Gespräch zu kommen.

Wir Sudetendeutschen bangen, ja zittern diesem Tag entgegen, denn die den Tschechen frei Haus gelieferten Trümpfe verheißen nichts Gutes. Trifft nun die Schuld den deutschen Unheilskanzler Willy Brandt allein? Ist es nur seine alleinige Überzeugung, das Abkommen von München wäre „zutiefst ungerecht gewesen?“ Einer der wohl unsinnigsten Aussprüche eines deutschen Staatsmannes seit Menschengehenken, der geradezu eine ganze Sturzflug auf die Mühlen der Verhandlungspartner von Prag bedeuten muß. Er

## Sudetenpost

4010 Linz, Postfach 405, Obere Donaulände 7, Zimmer 37, Telefon 27 3 69

Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLO). Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sudetendeutscher Presseverein (Obmann Ing. Alfred Rügen). Verantwortlich für den Inhalt: Gustav Putz. Alle in Linz, Obere Donaulände 7. — Druck: Druckerei und Zeitungshaus J. Wimmer Gesellschaft m. b. H. & Co., Linz, Promenade 23. — Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Bezugspreis vierteljährlich S 15.—, halbjährlich S 29.—, jährlich S 57.—. Der Bezugspreis wird entweder durch die Post kassiert oder ist an das Postsparkassenkonto 73 493 oder das Konto 0000-028135 bei der Allgemeinen Sparkasse in Linz einzuzahlen. — Anzeigenannahme: Linz, Obere Donaulände 7. Auflage kontrolliert. Entgeltliche Einschaltungen im Text sind mit PR gekennzeichnet.

## MÖBEL NEUE HEIMAT

Wir möchten, daß Ihnen wohl ist in Ihren vier Wänden. Darum beraten wir Sie individuell und wohnungsgerecht. Sie finden bei uns eine umfassende Auswahl an Einrichtungsgegenständen: Möbel, Vorhänge, Teppiche und Beleuchtungskörper bester Qualität zu vernünftigen Preisen.



Linz, Salzburger Straße 205, Tel. 80 4 22

Gesucht per sofort oder nach Vereinbarung in gutgehendes Hotel im schönen Berner Oberland

## Hilfs- oder Alleinköchin 1-2 Serviertöchter

(auch Anfängerinnen). Sehr guter Verdienst, Kost und Logis frei sowie sehr nettes Arbeitsklima, Ganzjahresbetrieb.

Offerten sind erbeten an: Tob. Bittel, Hotel Kreuz, CH-3713 Reichenbach im Kandertal/Bern (Schweiz).

Gesucht in erstklassiges Knabeninstitut der Ostschweiz saubere, selbständige Köchin oder Koch  
Gute Bezahlung, geregelte Freizeit und Ferien.  
Moderne Küchenmaschinen und Hilfen vorhanden. Einzelzimmer mit Fließwasser. Sehr gutes Arbeitsklima.  
Offerten erbeten an Institut Schloß Kefikon, CH 8546 Islikon/IG (Schweiz), Telefon 054 9 42 25.

Seit 1924 Hernden u. Krawatten, Wäsche, Strümpfe, Strickwaren, Handstrickwolle, stets in besten Qualitäten, SPERDIN, Klagenfurt, Paradeisergasse 3.

Mäntel aller Art im Mantel-Fachgeschäft V. Tarmann, Klagenfurt, Völkermärker Straße 16, Tel. 85 2 76.

Realitätenbüro TRIEBELNIG Wohnungen - Geschäfte Betriebe  
Inh. Ludmilla Zuschnig, Klagenfurt, 8.-Mai-Straße 2/1, Ecke Benediktinerplatz, Tel. 848 23

Erscheinungstermine 1972

Folge 18	erscheint am 22. September.	Einsendeschluß 18. September.
Folge 19	erscheint am 6. Oktober.	Einsendeschluß 2. Oktober.
Folge 20	erscheint am 20. Oktober.	Einsendeschluß 16. Oktober.
Folge 21	erscheint am 3. November.	Einsendeschluß 30. Oktober.
Folge 22	erscheint am 17. November.	Einsendeschluß 13. November.
Folge 23	erscheint am 1. Dezember.	Einsendeschluß 27. November.
Folge 24	erscheint am 15. Dezember.	Einsendeschluß 11. Dezember.